

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenzeiten Poststelle oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Restanzeigen 200 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156.

Donnerstag, den 7. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Die neuen Steuervorlagen.

Deutscher Reichstag.

Wieder einmal hat ein deutscher Reichsfinanzminister und zugleich Reichstanzler einen Milliardenberg von schwindender Höhe vor dem Parlament aufgetürmt und in einer eindrucksvollen Rede die Abgeordneten und das Volk beschworen, diese Fragen durch heroische Opfer zu finanziellen Tatsachen zu machen. 80 Milliarden Papiermark will Herr Wirth aus direkten und indirekten Steuerquellen schöpfen. Er trug seine Rede mit so viel frischem Optimismus vor, daß der Zuhörer beinahe über den furchtbaren Inhalt hinweggeäußert werden kann. Das hohe Haus sollte ihm häufigen Beifall und nur, als er von der Veredelung des Reichsnotopfers sprach, lächelten einige Schwereindustrielle und ihre Sekretäre in der Deutschen Volkspartei höhnisch. Auch die Andeutungen, daß Fragen erhoben werden, die auf eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten hinführen, erweckten in den Rechtsparteien Unruhe. Der Kanzler ließ sich dadurch nicht ablenken. Er behielt die Grundlinien seines Vortrages in der Hand: den Ruf an das Volk, zumal an die Besitzenden, gewaltige Opfer zu bringen, und die eindringliche Mahnung an die Entente, durch Aufhebung der Pressionen und durch vernünftige Lösung der überschüssigen Frage Deutschland die Möglichkeit zur Erfüllung des Ultimatum zu geben. Zester Wille und großer Zukunftsglaube erfüllten den Vortrag des Kanzlers. Wer aber schärfer hinhörte, dem konnte nicht entgehen, daß sich die Rede doch im ganzen nur auf unsicherer Grundlage bewegte, auf dem Streben und dem Willen, das Mögliche zu leisten. Von der Gewißheit aber, ob wir erfüllen können, sind wir heute noch genau so entfernt wie am 10. Mai.

Diese unvermeidliche Lücke der Kanzlerrede suchte einer der Hauptschuldigen am militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, Herr Helfferich, auszufüllen, indem er das baldige Herannahen der Erfüllungskräfte ankündigte. Die Linke erzog ihn aber schon nach seinen ersten Sätzen zu einem gemäßigteren Auftreten. Als dieser Mann, dessen Kriegesreden geradezu ein Leitfad für die jegliche Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der Entente sind, von dem Reichstanzler verlangte, daß er forscher gegen die Entente auftreten solle, schrien ihm die gesamte Linke und die Demokraten sowie Teile des Zentrums seine ganze Schande ins Gesicht. Es war keine viele Minuten andauernde Demonstration der Mehrheit des Reichstages gegen die Sippe, der wir den Niederbruch verdanken, ein Beweis, daß die Mehrheit der Volksvertretung und die Mehrheit des deutschen Volkes von den Helfferich und Konsorten nichts wissen will. Nach diesem stürmischen Zusammenstoß bequimte sich Helfferich, seinen sachlichen finanztechnischen Vortrag zu beenden. War Wirth vielleicht ein wenig zu optimistisch, so malte Helfferich nur im schwärzesten Pessimismus. Es ist ihm durchaus sicher, daß das Ultimatum nicht erfüllt werden kann. Er beziffert die gesamten Lasten, die Deutschland für seine eigenen Zwecke und für die Entente tragen muß, auf 155 Milliarden jährlich. Kein Anziehen der Steuerstraße, weder der direkten noch der indirekten, wird solche Summen herausholen können. Herr Helfferich schätzt das gesamte Volkseinkommen auf insgesamt 230 Milliarden Papiermark und bezeichnet es als unmöglich, davon 150 bis 155 Milliarden an Steuern einzuziehen zu wollen. Er vermisst den Zauberstab, der die Werte herbeischafft, die wir an die Entente geben sollen. Wer aber glaubt, daß Helfferich nun einen solchen Zauberstab auch nur für den einen Teil der Summen bei sich trägt, wird schwer enttäuscht sein. So schärfinnig Helfferichs Kritik zweifellos ist, und so richtig es ist, dem Volk und der Entente immer wieder das Unerhörte unserer Belastung vorzuhalten, so wertlos ist es, wenn man nach ihrem positiven Inhalt forscht.

Nicht ein einziger Ausweg, wie die Reichsfinanzen sanfter werden sollen, ist in Helfferichs Rede zu finden. Er sagt, daß unsere Finanzpolitik, unsere Versuche der teilweisen Expropriation eine allmähliche Fremdherrschaft bedeuten, weil sie wesentliche Teile der deutschen Produktionsmittel der Entente ausliefern. Mag sein, aber wir fragen Herrn Helfferich, was kann man, wenn wir die Erfüllung des Ultimatum ver-

hindern. Das bedeutet doch erst recht die Fremdherrschaft durch die Entente.

Genosse Reil erinnert in seiner Rede zunächst Herrn Helfferich an dessen Kriegspolitik. Die ganze Linke spendete unserm Redner stürmischen Beifall. Was der Tag dann noch brachte, waren Neben voll finanztechnischen Inhalts. Zu Einzelheiten Stellung zu nehmen, ist noch nicht die Zeit. Schon heute ließ sich sehr klar erkennen, daß die Reichsregierung bei ihren Versuchen, alles zur Erfüllung des Ultimatum zu leisten, auf die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken nicht rechnen kann.

192. Sitzung.

Mittwoch, 6. Juli, vormittags 11 Uhr.

Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen wird auf Antrag des Abgeordneten Steinkopf (SD.) dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die Freistellung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

Der Ausschuss hat die Lohnklassen verändert. Die 1. Klasse gilt bis 1000 Mk., die 2. bis 3000 Mk., die 3. bis 5000 Mk., die 4. bis 7000 Mk., die 5. bis 9000 Mk., die 6. bis 12 000 Mk., die 7. bis 15 000 Mk. und die 8. umfaßt die mehr als 15 000 Mk. betragenden Jahresarbeitsverdienste. Der Steigerungssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragswoche in der Lohnklasse 1 10 Pfg.; in der weiteren Lohnklasse 80, 50, 70, 120, 150 und 180 Pfennig. Bis zum 31. Dezember 1926 werden als Wochenbeiträge in den Lohnklassen erhoben: 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 9, 10,50 und 12 Mk.

Giebel (SD.) berichtet über die Ausschussberatungen und begründet einen Änderungsantrag der Koalitionsparteien. Der Ausschuss hat die Anrechnung von Kriegsdienst und Krankheit als Beitrag in Klasse 2 statt in Klasse 1 beschlossen. Wir beantragen, es bei der Krankheit bei Klasse 1 zu lassen, hier aber noch die Friedensdienstzeit zuzufügen und nur für Kriegsdienst Beiträge in Klasse 2 anzurechnen. Außerdem soll die Anrechnung nur dann stattfinden, wenn die versicherungspflichtige Beschäftigung nicht nur vorübergehender Art war. Redner regt an, die Lohnklassen mit lateinischen Buchstaben zu bezeichnen, statt mit arabischen Zahlen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sagt Berücksichtigung dieser Anregung zu.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Wiederherstellung der Rentenanlage gegen die Antragsteller abgelehnt. Die neuen Lohnklassen werden nach der Ausschussvorlage angenommen.

Kaiser (SD.): Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß allen Witwen ausreichende Rentenunterstützung gewährt werden soll. Wir haben uns aber im Ausschuss davon überzeugt, daß angesichts der Notlage des Versicherungswesens die Erfüllung aller unserer Wünsche nicht möglich ist. Wir stellen daher unsere Anträge, die wir schon früher gestellt haben, bis zum Herbst zurück.

Die Vorlage wird darauf im wesentlichen in der Fassung des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Der Ausschuss hat einige Veränderungen der Vorlage vorgenommen. Bei der Wochenhilfe beträgt das Wohngeld 3 Mk. und das Stillgeld 1,50 Mk. täglich.

Frau Schröder (SD.) berichtet über die Ausschussberatungen.

Frau Agnes (USP.): Die Ausschussanträge genügen keineswegs, die große Not der Wöchnerinnen zu beseitigen. Rednerin fordert durchgehende Erhöhung der Leistungen. Das Gesetz muß möglichst schnell, spätestens zum 1. Oktober, in Kraft treten. Anträge auf Verstaatlichung des Hebammenwesens behaltend wir uns vor.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Es ist gänzlich unmöglich, diese weitergehenden Anträge nach mit den Krankenkassen und dem Finanzministerium zu beraten. Die Anträge fordern eine Mehrbelastung von mindestens 1,2 Milliarden Mark. Die Krankenkassen hätten die Hälfte zu tragen. Sie müßten unter dieser Auflage zusammenbrechen.

Frau Schröder (SD.): Wir alle kennen die Notlage der Wöchnerinnen und möchten gerne helfen. Die Vertreter der Krankenkassen haben im Ausschuss sich mit den Ausschussbeschlüssen einverstanden erklärt. Jetzt haben sie aus Agitationsbedürfnis ihre alten Anträge wiederhergestellt. Die Krankenkassen stehen nicht hinter diesen Anträgen. Wir sind schon über das hinaus gegangen, was die Krankenkassenvertreter als möglich hingestellt haben. (Hört, hört und Beifall.)

Die unabhängigen Anträge werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. — Die Vorlage wird dann mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt dann die zur Abstimmung über das kommunale Mißtrauensvotum gegen den Reichsfinanzminister Schäfer. Das Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen Kommunisten und Unabhängige abgelehnt.

In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung und über die Erhöhung der Gehaltsgrenze bei der Angestelltenversicherung gegen die Kommunisten angenommen.

Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik fordert in einer Entschließung die Reichsregierung auf, dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholismus vorzulegen. Gegen das Ueberhandnehmen von Bars, Dielen, Liktörstuben usw. wird schonungsloses Vorgehen gefordert. Von Reichswegen dürfe dem Drängen auf Verlängerung der Polizeistunde nicht nachgegeben werden.

Brodauf (DDP.) wendet sich dagegen, daß hier von der Regierung eine Stellungnahme gegen eine Verlängerung der Polizeistunde verlangt wurde. — Die weitere Aussprache wird vertagt.

Die kommenden Steuervorlagen.

Es folgt die dritte Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan.

Reichstanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Der Vorkentrat hat angeregt, bereits Anfang September die große Steuervorlage und die allgemeinen Probleme der Reparation zu beraten. Von mir wünschte man noch vor den Ferien eine allgemeine Darstellung über die Steuerfragen der Regierung. Ich habe diese Aufklärungen heute in einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates gegeben.

Als die Nationalversammlung vor 2 Jahren an die ungeheure schwere Aufgabe der Liquidation des Weltkriegs herantrat, kannte man natürlich noch nicht die Summe, die jährlich nach dem Friedensvertrag zu zahlen ist. Weiterhin konnte man noch nicht mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung rechnen. Schließlich sind auch noch „nachträgliche Kriegsausgaben“ hinzugekommen. Die Erweiterung des Verkehrswesens usw. führte zu einer großen Schuldvermehrung. Für jede verbrauchte Goldmark mußten viele Mark in Papiermark ausgebracht werden. Augenblicklich beträgt der innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark. Auf dem Weltmarkt ist die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen. Dort ist ihr innerer Wert noch geringer. Dadurch erscheint das Bild des Staats für Reich, Länder und Gemeinden in ungeheurer Verzerrung. Denn eine Milliarde Schulden ist nichts anderes als eine Summe von 100 Millionen Goldmark. Jede Mark Steuer an das Reich bedeutet tatsächlich nur einen Friedensgroschen. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts anderes als ein Groschen. Das vergessen die Steuerzahler sehr oft bei den Forderungen des Reichs gegenüber. Man muß bei Vergleichen zwischen dem Schuldenstand vor dem Kriege und zwischen den Ausgaben vor der Katastrophe und gegenwärtig die innere Geldentwertung stets in Betracht ziehen. Das wird in der Presse oft vergessen. Wie sieht unser Etat in der Gegenwart aus? Da ist zunächst der ordentliche Etat mit 48,5 Milliarden Ausgaben. Darunter 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 wies noch die Summe von 59 Milliarden aus, darunter 28,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages und 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden sind nötig für Lebensmittelsubventionen, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau und anderes. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden.

Diese Ausführungen waren notwendig, weil die Kenntnis unserer Statistiken in Deutschland wenig verbreitet ist. Auch müssen die Erfordernisse, die aus dem Ultimatum erwachsen, von den anderen außerordentlichen Ausgaben scharf getrennt werden. Die 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages gehen zum größten Teil direkt über den Etat der Kontributionen, der in Zukunft ein Teil des ordentlichen Haushalts ausmachen wird. Deshalb wird dieser Betrag doppelt auftreten. Einmal für die Erfüllung des Ultimatum, ferner noch einmal im außerordentlichen Haushalt. Nur soweit wir noch Entschuldigungen zu leisten haben, sind diese als einmalige außerordentliche Ausgaben zu behandeln. Die Ausgaben des außerordentlichen Etats dürfen nicht mit dem Kontributionensatz zusammengezählt werden, da sie dauernde Ausgaben sind. Der Kontributionensatz schwankt weiter fortwährend nach der Höhe der Prozentsigen Aufschlaggaben und nach der Höhe des Entwertungsfaktors des deutschen Geldes (Valutastand). Jede Reparationspolitik und jede Steuerpolitik muß ab absurdum geführt werden, wenn die Mark dauernd flürzt. Die Rücksicht auf die Schwankungen unserer Valuta gestalten letzteres sehr schwierig. Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig mit 3,6 Milliarden Goldmark zu beziffern. Hinzu kommt der schwankende Posten der Kosten der Belagerung. Für das laufende Jahr sind rund 10 Milliarden eingestellt worden. Wir müssen nach einer Fixierung der Belagerungskosten streben. Auch die Gegenpartei hat anerkannt, daß die Belagerungskosten einzuschränken sind. Auch der Umfang der Anlieferungen steht leider noch nicht genau fest. Für die ersten Jahre wird man mit einer Papiergeldbelastung auf Grund des Ultimatum in Höhe von 62 Milliarden rechnen müssen. Dazu kommen noch die Kosten der Belagerung. Für den außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages etwa 5 Milliarden. Die übrigen 21 Milliarden werden auf den ordentlichen Haushalt übernommen.

Wie soll nun die Deckung erfolgen? Wir müssen danach streben, die laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken. Da werden wir auch vor schweren Steuern nicht zurückweichen dürfen und neue Einnahmequellen erschließen müssen. Für den Reparationensatz muß auch die indirekte Besteuerung, so wie die direkte, wo sie noch aufbaufähig ist, verschärft werden. Da die Aufgabe drängt, müssen wir zunächst die Steuerreformpläne zurückstellen und auf bekanntem Wege zum Ziel zu gelangen versuchen. Durch eine Verbesserung der Steuerrechnung, der Erhebung und der Kontrolle müssen wir aus unseren neu geschaffenen Einnahmestellen möglichst hohe Beträge herausziehen. Zu den

Wettstreit kommt eine starke Erhöhung der Körperschaftsteuer. Eine Besteuerung der Versicherung und ein Ausbau der Steuer auf Kraftfahrzeuge, der Biersteuer, Veränderung des Branntweinmonopols, der Ertrag des Reichsnotopfers muß gehoben werden. Besonders die Besitzer von Realvermögen müssen noch ganz anders herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) Ich denke da an eine neue Veranlagung des Reichsnotopfers, die verhältnismäßig zu erfolgen hätte und der Veränderung des Geldwertes Rechnung trägt. Das Reichsnotopfer beläuft sich auf 10 Prozent. Jetzt soll zu einem bestimmten Termin eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlagung ist. Für die kleinen Rentner und kinderreichen Familien sind Vergünstigungen vorgesehen. Der voraussichtliche Ertrag bei solchem Umbau ist schwer zu schätzen. Das wird erst möglich sein, wenn die tatsächlichen Vermögensverhältnisse einigermaßen festgestellt sind. Bei vorläufiger Schätzung werden wir immerhin mit einem Ertrag von 7 bis 8 Milliarden Mark jährlich rechnen können.

Der Gedanke der Beteiligung auch der Industrie am Reichsnotopfer unterliegt zurzeit der Erörterung. Beabsichtigt wird: die Heranziehung der Unternehmungen mit einem Bruchteil ihres Ertrages, indem ein Teil der Dividenden dem Reiche zugeführt wird. Auf diese Weise werden den Unternehmungen keine flüssigen Mittel entzogen. Voraussetzungen im September kann ich Ihnen hierüber Näheres mitteilen. Weiter soll der Nachtlegenschein durch eine Umlage ersetzt werden. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einnahme der Reichssteuer erwarten wir durch eine Verbesserung der Steuererhebungsmittel. Bei der Einkommensteuer erwarten wir allein aus einer sorgfältigen Nachprüfung und Veranlagung ein Mehraufkommen von 8 Milliarden Mark. Bei einer nur ganz geringen Erhöhung der Körperschaftsteuer um 5 Prozent rechnen wir — die Schätzung kann natürlich nur oberflächlich sein — auf ein Mehraufkommen gegenüber dem Etat von etwa 32 bis 36 Milliarden Mark. Eine vorläufige Uebersicht über die finanzpolitische Wirkung der Durchführung der Steuererhöhungen ergibt etwa 80 Milliarden Steuereinnahme im ganzen. Wahrscheinlich wird der Ertrag noch höher sein und sich um etwa 100 Milliarden bewegen, d. h. etwa 100 Milliarden Goldmark. Die Rolle muß, soweit möglich, nutzbar gemacht werden für die Zwecke des Reiches. Dazu tritt die Frage der Exportabgaben und die Frage der Spannung zwischen dem Inlandswert und dem Auslandswert der deutschen Mark. Auch dieses müssen wir für das Interesse des Staates ausnutzen. Aus der Rohleiwirtschaft soll das höchste Maß herausgeholt werden, das ohne Störung möglich ist. Ohne Lösung dieses Problems kommen wir nicht weiter. Zu erwägen ist die Erfassung der Wälu-tagewinne.

Wie wird sich nach Durchführung dieses Steuerprogramms die Steuerbelastung Deutschlands gestalten? Nach einer vorläufigen und vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf etwa 40½ Milliarden Mark belaufen. Dazu treten die Ergebnisse aus der Kriegsabgabenbesteuerung und der Besteuerung der Kriegsgewinne. Bei den indirekten Steuern sollen sich 36,25 Milliarden ergeben. Insgesamt würden sich 54½ Prozent auf direkte Besteuerung, 7 Prozent auf die entbehrlichen Genussmittel und 38½ Prozent auf alle übrigen Steuern ergeben. Dazu kommt, daß zu der Belastung des Besten der Länder und Gemeinden noch Nachtagssteuern erhoben können. Der soziale Gesichtspunkt der Schonung der Minderbemittelten ist maßgebend gewesen. In späteren Jahren wäre dann noch die dritte Stufe unserer Finanzreform zu erwägen: die endgültige Stabilisierung und die Währungsreform. Zurzeit steht das Steuerprogramm erst in ersten Anfängen. Die Beratung in den nächsten Wochen im Reichskabinett wird zeigen, wie weit diese Vorlagen einzuführen sind.

Die Garantiekommission hat uns eine Note überreicht, in der sie darauf hinweist, daß für die Festlegung der Valuta maßgebend sind: das kritische Verhalten des Haushalts und die Einstellung der Ausgabe von ungedeckten Banknoten. Die Bedingungen würden abgeändert werden, wenn nicht ein durchgreifendes Reformprogramm aufgestellt würde. Das ist eine Warnung und Aufforderung an das deutsche Volk und seine Volksvertretung, durchgreifendere Reformen vorzunehmen als bisher. Werden nun aber auch von der anderen Seite, die der Kommission nahesteht, Radikalreformen zum Durchbruch kommen? Werden die Sanktionen und Prestionen nun befristet werden? Wenn man einem Volkstörper derartige gigantische Lasten zumutet, sollte man sich da nicht bemühen, die wirtschaftlichen Wunden zu schließen? Was für die Sanktionen gilt, gilt in erhöhtem Maße auch für Oberschlesien. (Zustimmung.) Ohne Entgegenkommen der anderen Seite können die heroischen Opfer nicht gebracht werden. Will man die Befriedigung Europas, soll Deutschland an dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft teilnehmen, dann gebe man ein ehrliches Spiel, freien Raum zur Betätigung seiner wirtschaftlichen und geistigen Kräfte. (Beifall.) Wir haben den ehrlichen Willen und erwarten nunmehr die Antwort von der Gegenseite, eine aufrichtige und rasche Antwort auf die arden Schwelenden Fragen und Angelegenheiten, über die Sanktionen und über Oberschlesien. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Trimborn (R.): Dank dem Reichskanzler für seine Worte über die Sanktionen und Oberschlesien. Zu den Steuerfragen können wir erst Stellung nehmen, wenn die einzelnen Gelehe vorliegen.

Dr. Helfferich (M.D.): Die Zustimmung zu den letzten Worten des Reichskanzlers wäre noch größer gewesen, wenn der Ton um einige Grade härter und kräftiger gewesen wäre. Die unerhörten Erordnungen der Militärien gehen noch über das hinaus, was einst Karthago geschah. Der Reichskanzler hat die Finanzsorgen noch nicht in ihrem vollen Umfange geklärt. Die Ausgaben für das laufende Jahr betragen 108 Milliarden, denen 55 Milliarden Mark Einnahmen gegenüberstehen. Keine direkten und indirekten Steuern, kein Anziehen der Steuerkrawatte kann aus dem deutschen Volke herauspressen, was die Gegenseite von uns fordert. Notopfer und Erbschaftsteuer lassen sich nicht verdoppeln. Denn 130 oder gar 150 Prozent seines Vermögens kann doch der reichste Mann nicht zahlen. Nicht aus Nationalismus, sondern aus schwerer Ueberlegung heraus sagen wir heute wie vor der Annahme des Ultimatus: das Ultimatum ist unerfüllbar! Wenn es nach den Vorwürfen der Briten ginge, so würde nach und nach das gesamte deutsche Vermögen in die Hände der Entente laufen. Das Ergebnis wäre die Fremdherrschaft. (Zuruf links: Was wollen denn Sie machen?)

Reil (E.D.) schließt sich zunächst dem Protest gegen die Sanktionen an. Unerhörte ist in der Tat das Vorgehen der Entente. Aber wenn einer kein Recht hat, der Entente das vorzumerken, dann ist es Herr Helfferich. (Lebhafte Beifall.) Das Auftreten des Abgeordneten Helfferich wird nicht nur vom deutschen Volke, sondern auch vom Ausland als Provokation empfunden werden. Es gibt in diesem Hause und im ganzen deutschen Volke keinen Mann, der weniger als Herr Helfferich zu solchem Auftreten berufen ist. Helfferichs Zahlen sind ein Spiegelbild der gigantischen Schuld, die er im Kriege auf sein Haupt geladen hat. Was es nicht Herr Helfferich, der während des Krieges Deutschlands Finanzen zerrütet und damit den Grund zu seinem wirtschaftlichen Zusammenbruch gegeben hat? Er hat nur danach getrachtet, den Kriegsgewinnern ihre Profite nicht zu kürzen, im übrigen aber nach dem Grundgesetz gehandelt: nach uns die Staatskasse! Damit hat er die Schiene gerollt, durch welche die Papiergeldflut hereinströmt. Wenn die dem Abgeordneten Helfferich nachstehenden Kreise ihre Kriegsziele auf das Möglichste beschränkt hätten, so hätte der Krieg zu einer Zeit zu Ende gehen können, als wir noch nicht die richtige Schuldenlast hatten. Herr Helfferich hat das Ultimatum als unerfüllbar bezeichnet. Jedenfalls ist die Aufgabe nicht so schwer. Aber auf die Frage, wie Sie (nach rechts) das Volk aus dieser Lage herausführen wollen, sind Sie uns die Antwort schuldig geblieben. Glauben Sie, daß die Entente sich belächeln wird, wenn wir jetzt erklären, wir können das Ultimatum nicht erfüllen? Die Entente hat keinen Zweifel darüber gelassen,

daß sie selbst zugreifen wird, wenn wir nicht unser Möglichstes tun. Auf Einzelheiten des Steuerprogramms will ich heute nicht eingehen. Es ist unsere Pflicht, alles zur Erfüllung des Ultimatus zu tun, und zwar es rasch zu tun. (Zuruf rechts: Mit den Kräften der Arbeit!) Ist nicht etwa des deutschen Volkes Vermögen entstanden aus dem Arbeitsertrag der deutschen Arbeiter? (Lachen und Zurufe rechts.) Oder wollen Sie (nach rechts) behaupten, es sei lediglich entstanden aus der Arbeit des Herrn Siemens oder anderer Kapitalisten? Im letzten Jahre ist Finanzpolitisch manches verstimmt worden. Die Reichssteuer, insbesondere die hohen Steuerlasten beim Notopfer, sind nur Kulisen. Sie werden nirgends in voller Höhe eingezogen. Dafür sorgen die Veranlagung und die Steuerhinterziehungsorganisationen. Mit allen Mitteln sucht die Entente die Einkommensteuer auszuhöhlen, indem sie ihre Interessenten in die Sachverständigenausschüsse hineinschickt. Die Lebensführung vieler Wohlhabenden spricht nicht für eine Ueberlastung mit Steuern. Die bisher zu sehr geschonten tragfähigen Schichten müssen noch mehr belastet werden. Ohne Erfassung der Sachwerte werden wir kaum zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Das Reich muß sich einfach, um im Ausland Kredit zu behalten, in den Besitz eines Teiles der Sachwerte setzen. Wir werden die einzelnen Steuern kritisch prüfen unter dem Grundgedanken, unser Möglichstes zu tun, um die Arbeitskraft des deutschen Volkes zu schonen. (Lebhafte Beifall.)

Crutzen (M.D.): Die deutschen besten Klassen müssen endlich einmal daran denken, mindestens die Schuld zu zahlen, die sie auf sich geladen haben. Was wir jetzt erleben, ist eine Folge des kapitalistischen Imperialismus. Wir haben es mit einer Krise des Kapitalismus zu tun, von der er sich nie erholen wird. Sollte Herr Helfferich, wie es in England geschah, die Kriegsgewinne besteuern, so würden wir niemals in diese Lage gekommen sein. Es ist bekannt geworden, daß das Reichswirtschaftsministerium sich bemüht, eine Erfassung der Goldwerte herbeizuführen, das es aber bei unseren Ministerien Widerstand findet. Die Sozialdemokraten in der Regierung müßten deshalb gegen die Demokraten etwas härter auftreten. Wir jedenfalls halten an der Erfassung der Goldwerte fest, als ein wirksames Mittel gegen die Steuerhinterzieher, wodurch auch die Veranlagung wesentlich vereinfacht wird. Für uns ist die Erfassung der Goldwerte ein Schritt zu der von uns erstrebten Sozialisierung. Im Herbst müssen auch die Sozialdemokraten erklären, ob sie bereit sind, den Besitz zu belasten und für die Schonung der arbeitenden Klassen einzutreten. Wir fordern, daß Oberschlesien behandelt wird nach dem Friedensvertrage und unter Berücksichtigung des Abstimmungsergebnisses und der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Darauf werden die einzelnen Haushalte der Reihe nach ohne wesentliche Ausnahme angemannt.

Beim Justizetat fragt Dr. Rosenfeld (M.D.): Der Herr Justizminister hat gestern nichts von den andern Prozessen gegen die Rappisten außer Jagow gesagt. Wie steht es mit diesen Prozessen? Ist es wahr, daß der Herr Justizminister dem Oberst Bauer während der Rappstage ein Amnestieversprechen gegeben hat?

Reichsjustizminister Schiffer: Am Vormittag des 17. März erklärte mir in einer Unterredung Kapitänleutnant Ehrhardt, daß er unter keinen Umständen dulden würde, daß ihm gegenüber von einer Amnestie gesprochen würde, da er sich keiner Schuld bewußt sei. Ich habe weder dem Oberst Bauer noch dem Kapitänleutnant Ehrhardt noch anderen Personen eine Amnestie versprochen.

Dr. Rosenfeld (M.D.) verliest einen Brief des Kapitänleutnants Ehrhardt vom 13. April, in dem dieser scharf gegen die Deutschnationalen polemisiert, weil sie um ihres Vorteils willen ihn zuerst zur Tat drängen und dann verfluchen. Ehrhardt spricht von jämmerlichen bürgerlichen Gestalten, er hasse diese Kreaturen. Schiffer habe betont, daß er im Namen der Regierung spreche und für kein Wort bürgen. Der Minister habe ihm — Ehrhardt gegenüber — eine Amnestie angedeutet.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich habe mich für meine Person gegen diese Amnestie geäußert.

Ministerialdirektor Dr. Bunte: Beim Oberreichsanwalt Schweden Verfahren zunächst gegen Rapp und Genossen, gegen Jagow, v. Wangenheim und fünf weitere Personen. Gegen v. Wangenheim ist die Voruntersuchung geschlossen. Beim Untersuchungsrichter sind 10 Verfahren mit 11 Angeklagten noch anhängig. In einigen Fällen sind Strafbefehle erlassen. Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen die angeforderte Statistik über den Stand der Verfahren vom 11. Juli zugehen.

Dr. Rosenfeld (M.D.): Wenn Minister Schiffer gebunden wäre durch ein Versprechen, die Herren zu schonen, könnte das Ergebnis kaum anders aussehen. Nur gegen 16 Personen schwebt ein Verfahren. Der Minister hätte in den vier Wochen seiner Amtsführung viel energischer zugreifen müssen. Wir protestieren gegen eine solche Amtsführung. Es werden sogar Schamhaft die Namen der Schuldigen verschwiegen.

Ministerialdirektor Dr. Bunte: Von einer schamhaften Verschwiegenheit ist keine Rede. Aber es handelt sich dabei auch um eine Reihe von Personen, die in die Affäre verwickelt sind, ohne mit dem Rapp-Fuß etwas zu tun zu haben. Es schweben Verfahren gegen Rapp, v. Jagow, Bauer, Schiele, v. Wangenheim, Rütow, Bilhof, Rapp und Schmitzer. Gestern teilte mir der Oberreichsanwalt telephonisch mit, daß festgestellt ist, daß sich der Verdacht gegen einen arden Teil der in das Verfahren verwickelten Personen als unbegründet erweisen habe. Es geht also nicht an, solche Personen ohne weiteres an den Pranger zu stellen.

Der Nachtragetat wurde darauf im ganzen gegen die Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Das Haus verliert sich auf Donnerstag 10 Uhr. Kleine Vorlagen. Rest von heute. Schluß: 9¼ Uhr.

Das Urteil im 6. Kriegsverbrecherprozess.

Beipzig 6. Juli. Im Prozeß Steiger-Crusius gab das Reichsgericht Mittwoch nachmittags 3¼ Uhr folgendes Urteil bekannt: Der Angeklagte Steiger wird freigesprochen. Der Angeklagte Crusius wird zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust des Tragens der Offiziersuniform verurteilt. Die Untersuchungsfrist von vier Monaten drei Wochen wird dem Angeklagten anzurechnen.

Erklärungen Condours über den Wiederaufbau.

Paris, 7. Juli. In der gemeinsamen Sitzung der Senatsausschüsse für Auswärtiges und der Finanzfragen erklärte Condour, daß die in Paris fortgesetzten Wiesbadener Verhandlungen über die Einzelheiten der Wiederbekämpfung noch nicht zu einem Abschluß geführt haben. Condour teilte mit, daß die deutschen Sachlieferungen des Betrag von ¼ aller von Deutschland jeweils an Frankreich zu leistenden Zahlungen nicht übersteigen soll. Briand gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach dem Abschluß eines Abkommens mit der Türkei die Ausgaben für die Bekämpfung im Orient gemindert werden können.

Der Weuthener Zwischenfall.

Es ist wie immer bei solchen Vorkommnissen, erst wird von beiden Seiten in unbefonnenster Weise gebehrt; und wenn dann einige Fanatiker zu Gewalttaten sich hinreißen lassen, dann wollen die eigentlich Schuldigen von nichts. Der Kommandant des französischen Bataillons in Weuthen ist tot. Er ist während der unmenslichen Zwischen der deutschen Bevölkerung und französischer Soldaten erschossen worden. Von welcher Seite die Schießerei begonnen wurde, ist noch nicht aufgeklärt. Sicher aber ist, daß die Franzosen mit unglaublicher Rohheit gegen die Menge, die für die einziehenden Engländer demonstrierte, vorgegangen sind. Französische Berichte stellen die Deutschen als die Angreifenden hin, während die Deutschen behaupten, daß sie von französischen Soldaten grundlos mißhandelt worden seien.

Wie dem auch sei, die deutsche Sache ist wieder schwer geschädigt worden; der Mord an dem französischen Offizier gab den Anlaß zu einer erneuten Hege gegen Deutschland.

Paris, 6. Juli.

Der neue ober-schlesische Zwischenfall ist einigen Blättern, besonders „Echo de Paris“, „Figaro“, „Eclair“ und „Action française“, Anlaß zu energischen Ausführungen, wobei auch behauptet wird, daß die Schuld an dem tragischen Ende des französischen Majors das Kabinett Wirth treffe. Namentlich dem Kanzler wird der Vorwurf gemacht, daß er in seinen letzten Reden ein ungeteiltes Oberschlesien forderte. Derartige Ausführungen seien nur geeignet, wie „Figaro“ bemerkt, die Stimmung in Oberschlesien zu vergiften. Der Kanzler treibe nur das Spiel der Alldeutschen. — „Echo de Paris“ fordert strengste Abhandlung dieser Tat, welche es als eine Rundgebung des wilden Hasses der ober-schlesischen Bevölkerung Frankreich gegenüber bezeichnet. Die Umstände, unter denen sich das tragische Ereignis vollzogen, beweisen nur von neuem, daß die Deutschen die Gegensätze zwischen Franzosen und Engländern auszunutzen suchen. Man müsse ihnen zeigen, daß sie sich täuschen und das die Militärien in ihrem Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, einig seien und jedes Attentat unterdrücken werden. — „Zeit Parisien“ schiebt die Schuld an dem Attentat deutschen Offizieren in die Schuhe, die Gewalttätigkeiten hervorgerufen und sich in der Zahl von mehreren Tausend in den Reihen der Freiwilligen in Oberschlesien befinden.

Wer ist schuld?

Im Gegensatz zu diesen nationalistischen Blättern schreibt Gustave Hervé in der „Victoire“, daß das Kabinett Wirth keinerlei Verantwortung an diesen Ereignissen treffe, sondern daß diese nur den Polen zur Last fälle, die den Aufruhr in Oberschlesien herbeigeführt und infolgedessen die deutschen Ueberwachungsmaßnahmen herausgeschrien haben. Das Kabinett Wirth erweise seinen guten Willen. Die Wirtschaftsverhandlungen dauerten fort, und die deutsche Regierung zeige, daß sie die Versailles Bestimmungen durchzuführen will. Wenn es eine Schuld gebe, so treffe diese nur die Polen. Das beste Mittel, solche Attentate zu verhindern und die Nerven der aufgeregten ober-schlesischen Bevölkerung zu beruhigen und sie nicht mehr zu reizen, sei, endlich über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden.

Aber schon wird wieder gemeldet, daß der Oberste Entenrat erst Mitte August zusammentritt. Doppelte, 6. Juli. (M.) Sobald die Entenrätgruppen die Gebiete besetzt haben, entstehen allorts hinter ihrem Rücken neue Insurgentengruppen, die das Land weiter heunruhigen. Myslowitz und Schoppinitz sind entgegen den Abmachungen noch nicht geräumt. Man befürchtet ganz allgemein eine Verzögerung der Räumung.

Eine Weuthener Deputation, die beim Kreiskontrollen wegen Freilassung der Franzosen-Gefangenens vorprechen sollte, ist verhaftet worden.

Streit der Berliner städtischen Arbeiter.

M. Berlin, 6. Juli.

Wenn nicht im letzten Augenblick glückliche Umstände das Unheil abwenden, so steht Berlin in den nächsten Tagen einem Streit aller städtischen Arbeiter gegenüber, der wieder einmal das gesamte Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen wird. Eine am Dienstag abgehaltene Versammlung der 3000 Funktionäre der städtischen Arbeiter hat beschlossen, im Laufe des Mittwoch die gesamte Kollegenschaft darüber abstimmen zu lassen, ob in den Streit eingetreten werden soll oder nicht. Die Funktionäre haben diesen Beschluß mit dem Zufuß hinausgegeben, daß sie den Arbeitern den Streit empfehlen müßten.

Ueber die Vorgeschichte kurz folgendes: Seit einigen Wochen stehen die Arbeiter der im Besitz der Stadt Berlin befindlichen Landgüter im Streit. Verhandlungen haben zu keinerlei Erfolg geführt. Der Berliner Magistrat beruft sich darauf, daß die Gutsarbeiter besser bezahlt würden als es in dem besten Landarbeiter-tarif vorgesehen sei und daß die Stadt Berlin bei ihrer Finanzlage keine besonderen erheblichen Lasten mehr auf sich nehmen könne. — Der von den Funktionären empfohlene Streit soll nun ein Sympathiestreit für die unterliegenden Gutsarbeiter sein. Wie uns aus bester Quelle gemeldet wird, steht der gesamte Magistrat mit Ausnahme der extremen USPD-Mitglieder auf dem Standpunkt, daß die Stadt Berlin wenigstens augenblicklich nicht in der Lage ist, die Ansprüche der Gutsarbeiter zu befriedigen. Die Stadt ist darauf angewiesen, auf die gewerkschaftliche Einsicht und die vertragliche Tariftreue der Gutsarbeiter und der übrigen städtischen Arbeiterschaft zu rechnen. Die Abstimmung der Arbeiter wird erst im Laufe des Donnerstag beendet sein.

Bayrische Freiheit.

München, 6. Juli. (Vorwärts.) Der Kampf der Münchener Polizeidirektion gegen das sozialdemokratische Flugblatt „Bayer, wach auf!“ wird mit aller Schärfe fortgeführt, allerdings ohne daß sie damit die Verbreitung in ganz Süddeutschland verhindern kann. Am Sonntagabend nachmittags wurden Personen, die einige Flugblätter im Besitz hatten, zur Polizei gebracht und flüchtige Verhaftungen vorgenommen. Die Haus-suchungen der sozialistischen Führer dauern an. Die Wohnung eines sozialistischen Stadtrats wurde in seiner Abwesenheit eingehend durchsucht. Die verhafteten Flugblattverleiher wurden ihres Rasseninhalts entledigt wie Schwerverbrecher in Einzelhaft genommen und die ganze Nacht bis Sonntag 11 Uhr vormittags in Gewahrsam

gehalten. Während ihrer Inhaftierung wurden Abdrücke von jedem Finger und von der ganzen Hand gemacht, also ebenso wie von den Kriegsgefangenen aus Rußland, die in dem bayrischen Übergangslager in die Gewalt Boehners kamen. Einer der Flugblattverteiler wurde durch erpresserische Mittel und Androhung einer längeren Inhaftierung bearbeitet, den Namen desjenigen anzugeben, der ihm das Flugblatt übergeben habe.

Trotz alledem hat das Flugblatt seinen Weg in die Köpfe des bayrischen Volkes gefunden; eine Anzahl von Zeitungen hat es völlig abgedruckt. Auf der Redaktionsstube des Genossen Kuer hängen sich die Zustimmungsaussagen aus allen Teilen des Landes.

Die „Münchener Post“ erhielt folgenden Drohkrief als Abbild der Wirkung, welches das Flugblatt in rechtsstehenden Kreisen erregt hat:

„Solte noch einmal ein derartiger Fieser, Däyer, nach auf! herumgehen, dann ist möglich, daß wir ganz aufwachen! Dann ist das erste, daß die jüdische Redaktions- und Revolutions-Spielerei hochgeht. Dies zur Warnung!
Einige ehemalige Zeitfreiwillige.“

Das Fahrwasser der „Lübeckischen Anzeigen.“

In der „Welt am Montag“ lesen wir folgende Notiz:
Eine erlodigte Sache. Vor einiger Zeit brachte im Anschluß an den Prozeß Lebus eine Zeitungs-Korrespondenz, der „Deutsche Zeitungsdienst“, einen Artikel, der über Herrn v. Gerlach ebenso ehrenrührige wie unwahre Behauptungen enthielt. Herr v. G. erhob daraufhin Klage gegen den Herausgeber der Korrespondenz, Herrn Eduard Spieß, der übrigens gleichzeitig Herausgeber der „Nationalliberalen Korrespondenz“, des offiziellen Organs der deutschen Volkspartei, ist. In dem vorgeschriebenen Sühnetermin erschien Herr Günther Thomas und bekannte sich als Verfasser des Artikels. Herr v. Gerlach erklärte sich nach längeren Verhandlungen zur Zurücknahme der Klage bereit, wenn die Herren Thomas und Spieß die an anderer Stelle unserer Zeitung veröffentlichte Erklärung in der „Welt am Montag“ wie in allen Zeitungen zum Abdruck brächten, die seinerzeit den Schmähartikel übernommen hatten. Es handelte sich u. a. um den „Schwäbischen Merkur“, die „Babische Post“, das „Forster Tageblatt“, die „Lübeckischen Anzeigen“ und den „Hamburgr Korrespondent“. Die Herren Thomas und Spieß haben unter Übernahme aller Kosten diese Verpflichtung übernommen und sind dadurch einer für sie sehr peinlichen Gerichtsverhandlung entgangen.

Wenn die „Lü. Anz.“ noch weiterhin in dem schmutzigen Fahrwasser segelt, das seit einiger Zeit ihr liebster Aufenthalt geworden ist, so werden sie noch oft Gelegenheit haben zu widerrufen. Am vergangenen Sonntag erst machten sie einen weinerlichen Müßgug wegen der Beschimpfung der Redakteure der Links- und der Sonnabendnummer. Und nun wird in den nächsten Tagen das Blatt wieder eine Erklärung bringen müssen, in der es sich entschuldigen und in der es zugeben wird, daß es wieder einmal der Unwahrheit die Ehre gegeben hat.

Der Eigenartikel, um den es sich handelt, stammt nicht aus der Küche des Amtsblattes, sondern ist verfaßt von dem pommerischen Parteisekretär Günther Thomas, dem heftigsten und politisch unanständigsten aller deutschnationalen Agitatoren.

Die Erklärung, die in diesen Tagen im Amtsblatt laut Gerichtsbeschlusses zu erscheinen hat, wird folgenden Wortlaut haben:

Deutscher Zeitungsdienst,
Dienst A. 21. Juni 1921.

Erklärung.
Im Deutschen Zeitungsdienst ist vor einiger Zeit ein Artikel erschienen, der nachstehende Sätze enthält:
„Es hat sich herausgestellt, daß die Herren von Gerlach und Mikolaj sowohl mittelbar durch den hiesigen Vertreter des Pariser „Matin“ sowie unmittelbar mit Mitgliedern der französischen und englischen Ueberwachungskommission in Berlin in Verbindung gestanden haben. Diese Leute, die sich Deutsche nennen, haben sich nicht entblödet, französischen und englischen Offizieren Material gegen deutsche Behörden in der Entwaffnungsfrage zu liefern und sich dafür mit hohen Summen bezahlen zu lassen. Für ihre pazifistische Werbetätigkeit, was nur eine zarte Umschreibung für Salunkentum erster Klasse ist, haben sie Unterstützungen in der Höhe von mehreren Millionen Franken erhalten. Es ist nicht näher untersucht worden, ob davon etwas in ihre eigenen Taschen gestossen ist oder ob das Geld reiflos für ihre internationalen Zwecke verwendet worden ist. Das ist auch völlig nebensächlich. Von unserem Standpunkt aus wäre es sogar wünschenswert, daß das Geld von den betreffenden Herren für private Zwecke gebraucht worden wäre, als wenn es völlig zur Schädigung Deutschlands benutzt worden wäre.“

Wir haben uns davon überzeugt, daß die in diesen Sätzen enthaltenen Behauptungen, samt und sonders nicht der Wahrheit entsprechen. Insbesondere ist die Behauptung wahrheitswidrig, daß Herr von Gerlach jemals zu irgend einem Zweck von der Entente oder aus Ententekreisen Geld erhalten habe. Wir bedauern, völlig unbegründet Behauptungen verbreitet zu haben, die dazu angetan waren, Herrn von Gerlach in seiner Ehre schwer zu kränken. Wir erklären, daß nicht der geringste Anhalt vorliegt, anzunehmen, Herr von Gerlach habe aus anderen als idealen Motiven seine Politik getrieben.
gez. Eduard Spieß,
gez. Günther Thomas.

Immer neue Verleumder.

Das gleiche Mißgeschick wie den „Lübeckischen Anzeigen“ passiert in den letzten Wochen vielen anderen deutschnationalen Zeitungsblättern. Wahlos wollen wir einige Urteile, die die Verleumdungen der nationalistischen Presse in das rechte Licht stellen, herausgreifen.

Bekanntlich arbeiten die österreichischen Junker und Volksausbeuter seit Jahren am Sturze des Königsberger Polizeipräsidenten, Genossen Lübbing. Da er als Beamter aber voll auf seine Pflicht erfüllt, verjuche es die Dunkelkammer, ihn durch gemeinliche Schraßneiderei aus dem Wege zu räumen. Dieser Tage hatte das „Freie Wort“ in Essen behauptet, Genosse Lübbing habe gegenüber seiner Mutter und Schwiegermutter die Sohnespflichten vernachlässigt. Der Beleidigte erhob Klage, und noch bevor das Gericht das Urteil fällte, verpflichtete sich der belagte Redakteur des „Freien Wortes“ zur Veröffentlichung folgender Erklärung:
„Ich habe mich auf Grund des Ergebnisses der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht davon überzeugt, daß ich die gegen den Polizeipräsidenten Lübbing erhobenen Vorwürfe, die ich wegen unrichtiger Behauptungen des ...“

und er habe seine Sohnespflichten gegenüber seiner Mutter verletzt, nicht aufrechterhalten kann und nehme sie deswegen mit Bedauern zurück.“

Der Kläger zog hierauf die Klage zurück. Kurze Zeit darauf konnte man in der „Wiesbadener Zeitung“, im „Lokalanz.“ und ebenso in Stegerwalds Organ „Der Deutsche“ genau die gleichen verlogenen Angaben über Lübbing lesen, nur war alles noch etwas mehr ausgeschmückt. Bezeichnend für das moralische Niveau der Rechtspresse!

Vor der Rührer Strafkammer fand unlängst Termin gegen den früheren Kriegsgenieur W. an, der dem kommissarischen Landrat Fiehn, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, nach-gesetzt hatte, er habe sich von einem Unternehmen für Begünstigungen von Aufträgen private Vorteile erwirkt. Diese Verleumdungen machte sich der Landrat a. D. von der Offen zu eigen und forderte in einem Bericht an den preussischen Innenminister die sofortige Entziehung Fiehns aus seinem Landratsamt. In der Verhandlung ergab sich auf Grund der Beweisaufnahme die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen. Um eine mäßige Strafe zu erhalten, erkannte der Angeklagte dies am Schlusse der Verhandlung in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung an. Er wurde zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Aufgabe der Volkshochschule.

Von Dr. M. S. Baage-Berlin.
Es ist in letzter Zeit auch in Lübeck viel geredet worden über die Aufgaben der Volkshochschule, über ihren Ausbau und ihre pädagogischen Ziele. Wir halten den vorliegenden Aufsatz für einen wertvollen Beitrag zu diesem Thema und hoffen, daß seine Anregungen einige Erwägung finden bei Aufstellung und Durchführung des Lehrplanes der Volkshochschule für den kommenden Winter. (Neb.)

Der eigenartige Charakter der Volkshochschule — ja überhaupt ihre Existenzberechtigung neben den anderen Hochschulen — kann nur in einer eigenartigen pädagogischen Orientierung bestehen. Die Aufgabe der Volkshochschule ist eben nicht, alle möglichen Fachwissenschaften zu popularisieren oder eine gewisse Art von Schöngelerei zu pflegen, noch für irgend welche Berufe vorzubilden, sondern die, ihre Hörer durch geistige Selbstbetätigung zu eigener Urteilsbildung und geistiger Selbstständigkeit, zu geistigem Eigenleben überhaupt zu erwecken, damit sie mit Bewußtsein und Verständnis an dem kulturellen Leben ihrer Zeit im allgemeinen und den kulturellen Aufgaben ihres Berufes und Lebenskreises im besonderen teilnehmen können, denn das Wesen der Bildung besteht darin, daß man mit dem geistigen Leben seiner Zeit in organischer Verbindung steht. In der Volkshochschule darf also die Wissenschaft nicht als Selbstzweck und als detaillierte Fachwissenschaft betrieben werden, sondern in enger Beziehung zum Leben als ein — ja das wertvollste — Mittel für Erkenntnis und Beherrschung des Lebens. Ziel des Wissenschaftsbetriebes auf der Volkshochschule ist die geistige Durchdringung des Lebens und deshalb ist es notwendig, daß die Wissenschaft an der Volkshochschule im engsten Zusammenhang mit dem Leben betrieben wird. Das ist die eigenartige pädagogische Aufgabe der Volkshochschule. Die volkserzieherische Grundaufgabe der Volkshochschule ist also, eine lebenswichtige und lebensgestaltende Bildung zu vermitteln, ihre Hörer zu geistigen Arbeiten überhaupt und zu einer selbständigen geistigen Stellungnahme den Problemen des Lebens gegenüber zu erziehen. Deshalb hat sie alle Probleme und Tatsachengebiete immer in Rücksicht auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des wirklichen Lebens, des praktischen Denkens und Handelns und möglichst unter Anknüpfung an die täglichen Erfahrungen der Schüler auszuwählen und zu behandeln. Der akademische Lehrbetrieb, der Betrieb der Wissenschaft um der Wissenschaft halber, hat hier nichts zu suchen, das ist die Aufgabe der wissenschaftlichen Fachhochschulen. Die Volkshochschule treibt natürlich auch Wissenschaft, aber in einer anderen Form; nicht abstrakt-theoretisch, denn sie soll nicht gelehrte Dilettanten erziehen, sondern immer in Hinsicht auf die praktische Verwertung als Lebenstechnik und Lebensweisheit, zugleich aber immer als Mittel bewusster Menschenbildung und systematischer Kultursteigerung.

So gilt z. B. als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, philosophische Bildung zu vermitteln. Diese Aufgabe ist sie aber nicht dadurch, daß sie nun recht viele philosophische Lehrstühle in Form von mehr oder weniger populären Aufgüssen akademischer Vorlesungsthemen bietet, etwa eine Uebersicht über dies oder jenes philosophische System oder gar die Gesamtheit der philosophischen Systeme oder die verschiedenen philosophischen Einzeldisziplinen gibt, sondern indem sie von einzelnen praktischen Aufgaben des Denkens, Fühlens oder Handelns ausgeht, diese wissenschaftstheoretisch (logisch-methodologisch), psychologisch, kulturgeschichtlich-soziologisch usw. beleuchtet und vertieft, ihren Zusammenhang mit anderen Fragen und Tatsachenkomplexen aufzeigt und so den Horizont des Hörers erweitert und seine Einsicht in die Zusammenhänge vertieft. Praktische Lebenskunst und Lebensweisheit, als eine auf den Methoden und Ergebnissen modernen wissenschaftlichen Denkens und Forschens aufgebaute Theorie der individuellen und sozialen Lebensgestaltung, nicht abstrakte Theorie oder gar eine verstreute Metaphysik hat sie zu lehren. Das, was an den Ergebnissen und Methoden der Wissenschaften für die Erarbeitung eines wissenschaftlich haltbaren Standpunktes in Fragen der Weltanschauung und Lebensgestaltung von Bedeutung und Einfluß ist oder sein könnte, das unter ständiger Bezugnahme und Anwendung auf die Aufgabe des Lebens und der Zeit richtig benutzen zu lehren, ist die philosophische Lehraufgabe der Volkshochschule.

Noch ein anderes Beispiel: Um die Hörer zu klarem und folgerichtigerem Denken zu erziehen, darf man an der Volkshochschule nicht einfach in Nachahmung des akademischen Lehrbetriebes eine Logikvorlesung ansetzen, wo dann (nur in entsprechend popularisierender Weise) ein System der Logik traktiert wird, sondern unter Anknüpfung an die Denkfehler, Trugschlüsse und Oberflächlichkeiten des naiven, ungeschulten Denkens und unter fortgesetzter Heranziehung von Beispielen aus dem gewöhnlichen Leben ist die Teilnehmerhaft an einem solchen (selbstverständlich nur als Arbeitsgemeinschaft konstituieren) Kurs anzulegen, wie man zu klarem Begriffs-, richtigen Schlüssen und haltbaren Folgerungen gelangt. Nicht abstrakte Logik also, sondern praktische Denklehre ist an der Volkshochschule zu treiben.

Das wichtigste Fundament für eine wahre Volkshochschule bildet aber die Behandlung soziallogischer Probleme. Zweifellos ist, daß zurzeit die Probleme der menschlichen Gesellschaft im Vordergrund des Interesses stehen und darauf muß sich deshalb die Volkshochschule auch einstellen, wenn sie wirklich fruchtbare Arbeit leisten und mit dem wirklichen Leben in Kontakt bleiben will. Was ist die menschliche Gesellschaft, wie ist sie geworden, wie wird sie werden? Das sind die Fragen, die die Volkshochschule zu stellen hat.

gaben zu leisten, welche Bedeutung haben die verschiedenen kulturellen Institutionen, wie sind sie geworden, wie beeinflussen sie sich gegenseitig, inwiefern hängen sie von physischen Faktoren, inwiefern von physischen Umständen ab, inwiefern und auf welchem Wege ist es möglich, dem Kulturfortschritt durch bewußte Arbeit an der Umgestaltung der gesellschaftlichen Institutionen und der Individuen zu dienen? Wie kann die Wirtschaft, wie die Erziehung planmäßig gestaltet werden? Diese und viele solcher Fragen bewegen heute unser Volk in den weitesten Kreisen und fast ausschließlich. Darüber sucht es Aufklärung und es sucht in allen Kreisen, daß die Parteien, denen allein bisher die Behandlung all dieser so lebenswichtigen Fragen überlassen worden ist, ihnen nur eine einseitige Antwort geben können. Es sucht — und in unserer heranwachsenden Jugend ist dieser Drang besonders lebendig — nach einer Stelle, wo es sich über alle diese Fragen in einer vorurteilsfreien und von aller Parteilichkeit befreiten Form rein menschlich unterrichten kann. Es wäre meiner Meinung nach die besondere sozialpädagogische Aufgabe gerade der Volkshochschule, sich diesem Streben weitestgehend anzuschließen und nach sachlicher Aufklärung über die großen Probleme unserer Zeit zu widmen.

Volkswirtschaft.

Die Konjunkturgewinne der Lederindustrie.
Um die Konjunkturgewinne der Lederindustrie bei der Freigabe der Lederwirtschaft zu erfassen, wurden bekanntlich zweimal Konjunkturabgaben festgelegt, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Dabei wurden denjenigen Betrieben, die Leder nachweislich zu den behördlichen Richtpreisen verkauften, Begünstigungen gewährt. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages stellte sich nun heraus, daß nun in erstaunlichem Umfang Waren zu haben sind. Dementsprechend ist denn auch das finanzielle Ergebnis der zweiten Abgabe bedeutend schlechter. Eingegangen sind in der 42 Millionen Mark und eine Sachabgabe im Werte von 20 Millionen Mark. Es fehlen also rund 58 Millionen Mk. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt erklärte in der Sitzung des Ausschusses, daß in eine genaue Nachprüfung eingetreten werden solle, ob die angebotenen Mengen tatsächlich zu Richtpreisen verkauft sind. Dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss würde zur gegebenen Zeit Bericht erstattet.

Produktive Erwerbslosenfürsorge für Drogenoffensiven.
Eine große Anzahl gemeinnütziger Bauvereinigungen ist durch in Schwierigkeiten geraten, daß sie nicht in der Lage waren, während des Krieges Ausbesserungsarbeiten an ihren Häusern und Wohnungen vornehmen zu lassen. Gegenwärtig aber sind die Kosten für diese Arbeiten unerschwinglich hoch, so daß sie durch die laufenden Mieten, wenn diese inzwischen auch erhöht worden sind, nicht gedeckt werden können. Diesen Bauvereinigungen dürfte eine Erleichterung dadurch erwachsen, daß sie die für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Mittel bei der Durchführung ihrer Arbeiten in Anspruch nehmen können.

Nun macht der preussische Minister für Volkswohlfahrt darauf aufmerksam, daß allerdings nicht in jedem Falle Anträge auf Förderung von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohnhäusern auf Anerkennung durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung werden rechnen können. Es besteht nämlich der Grundsatz, derartige Maßnahmen in erster Linie in Großstädten mit starker Erwerbslosigkeit durchzuführen; in Mittel- und Kleinstädten wird eine Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur eintreten können, wenn unter den Bauhandwerkern eine besonders starke Erwerbslosigkeit besteht und diese aus Mangel an einer anderen wichtigen Notstandsarbeit sonst nicht beschäftigt werden können.

Ausdehnung des Stimmzirkels.
Die Nr. 28 der „Metallarbeiterzeitung“ bringt unter der Überschrift „Wahlkreisveränderungen“. Ein Stimmzirkel in Tabellenform eine gebräugte, durch tabellenartige Zusammenstellungen erläuterte Schilderung des Stimmzirkels, die eine wertvolle Uebersicht über den Umfang dieses Stimmzirkels gibt. Nach einer oberflächlichen Zählung umfaßt der Trakt etwa 1840 Unternehmungen, und zwar entfallen davon auf: Fabrikanlagen etwa 290, Kohlen-gruben und -felder etwa 290, Ergruben und -felder etwa 65, Transportunternehmungen etwa 190, Werke zur elektrischen Stromerzeugung etwa 285, Banken, Handelsgesellschaften, Büreaus 160, sonstige Unternehmungen etwa 120. Die Kapitalmacht des Stimmzirkels einschließlich der losen Interessen erstreckt sich nach diesen Berechnungen, die naturgemäß nicht vollständig sein können, auf annähernd 8 Milliarden Mark. Hierbei wurden ausländische Werte in Friedenswährung umgerechnet, so daß ein erheblicher Betrag dieser Summe noch Goldmark darstellt und die tatsächliche Kapitalherrschaft noch bedeutend größer sein dürfte. 2,2 Milliarden Mark von dieser Summe entfallen auf losen Interessen durch Besetzung von Aufsichtsratsposten und Beteiligungen.

Devisen-Kurse.
Hamburg, 6. Juli.
Ämliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	6. Juli.	5. Juli.
Holland	100 fl.	2480.—
Kopenhagen	100 Kr.	1267.60
Stockholm	100 Kr.	1642.50
Kristiania	100 Kr.	1065.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.60
Schweiz	100 Fr.	1287.60
Wien (alt.)	100 K.	12.50
do. (neu)	100 K.	28.25
Budapest	100 K.	100.—
Prag	100 K.	972.60
Spanien	100 Pesetas	280.75
London	1 £	602.—
Paris	100 Fr.	601.—
Belgien	100 Fr.	601.—
Italien	100 Lire	672.—
N. York telegr. Anz.	1 Doll.	75.87
do. briell. Anz. od. Scheck		75.12
Bukarest	100 Lei	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.
Angekommen am 6. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tage	Stb.
D.	Frts	Bergström	Beile		1		
D.	Wiborg	Bicow	Wiborg		4		

Angekommen am 7. Juli 1921.

S.	Aina	Mailli	Kopenhagen	2			
D.	Ranal 2	Petersen	Wohndburg	1			

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerat Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Bauer & Co. Jümtide in Lübeck.

Musterschau von Lübecks Industrie und Handwerk in der Nordischen Woche vom 1.-11. September 1921.

Anmeldungen für die Ausstellung sind bis zum 15. Juli bei der Geschäftsstelle Zentral-Fischmarkt beim Holstentor schriftlich einzureichen, ebenso sind die Ausstellungsbedingungen dortselbst erhältlich. 8808

Neuer Seeweg
nach den
OSTSEE BÄDERN
mit Salonschnelldampfer „Grille“
des Norddeutschen Lloyd Bremen

Von **Lübeck-Travemünde**
nach **Timmendorfer Strand**
Neustadt i. Holst.
Grömitz-Dahme
und **Arendsee-Brunshaupten**
Heiligendam
Warnemünde
und zurück

Von **Swinemünde**
nach **Zoppot und Danzig**
Regelmäßige Fahrten nach besonderem Fahrplan

Fahrkarten, Fahrpläne und kostenlose Auskunft an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, allen Lloyd-Reisebüros und den Fahrkartenausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros und des Weltreisebüros Union, Berlin W., Unter den Linden

Norddeutscher Lloyd Bremen
Abteilung Seebäddienst

Durch äußerst günstigen Abschluss gelangen zum Verkauf (8799)
ca. 15000 Pfd. Rindfleisch, Pfd. 5.50
Kamelott Pfd. 4.50, Gehacktes Pfd. 8.—, Gulasch Pfd. 9.—
Beefsteak u. Rindfleisch Pfd. 10.—, Hammelfleisch Pfd. 9.—
Telephon 2133. **O. Stöver** Walmstr. 22.

8806) **Heute, Donnerstag**
Britetts ab Waggon **17,50**
ab Lager **18,00**
Abgabe von je 5 Zentnern
gegen freigegebene Marken
Wanzenberg & Gerber.

Staunen erregt unser großer
Saison-Ausverkauf.

Damenkostüme	95.—
Damenmäntel	78.—
Kostümröcke	29.—
Herrenanzüge	195.— 250.—
Herrnpaletots	295.—
Manufakturhosen	125.—
Büchsenhosen	48.—
Knabenanzüge	78.—
Damenstiefel	95.—
Herrienstiefel	95.—

Kinderstiefel, billig.
Reife-Abgüsse sehr billig.
Die Preise in den 5 Schaufenstern sind
3816 maßgebend.

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2-4.
Schnitten Sie die Vormittagsstunden mit.
Alle regulären Waren mit
10 % Rabatt vom 4.-17. Juli.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (3775)
Otto Albers
Markt 4 Kohl. 10
Mgl. d. R. Spard. Cubeca

Wir bieten an:

Hemdentuche Meter	7 ⁹⁰ 8 ⁹⁰ 10 ⁹⁰
Nessel (Stouts) Meter	7 ⁹⁰ 8 ⁹⁰ 9 ⁵⁰
Schürzenstoffe 120 cm br., Mtr.	19 ⁵⁰
Bettbezüge 6 m, weiß	65,40 53 ⁴⁰
Bettbezüge 6 m, farbig	82,50 72 ⁰⁰
Damastbezüge 4 m, 140 breit	154,00 144 ⁰⁰
Bettlaken 2 m, gute Qualität	39 ⁵⁰

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!
Walter Griephan & Co.,
Lübeck, Huxstraße 74.

Krankenkasse gewerblicher Arbeiter.
General-Versammlung
am Montag, dem 25. Juli 1921,
abends 8 Uhr
im **Gewerkschaftshaus,**
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1921.
2. Beschluffassung über Abänderung der §§ 8, 11 u. 13, betreffend Erhöhung der Beiträge und Leistungen der Kasse.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Bei Beschlussfähigkeit der Versammlung findet eine weitere Generalversammlung am Freitag, dem 5. August 1921 statt.
Diese Versammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden.
Der Vorstand.

Kamerhofs
17 Ob. Walmstr. 17
Sport-Hemden
Gürtel 3816
Unterzeuge
Socken
Hosen-träger.

Freitag und Sonnab. Prima **Beefsteak**
Had und Würst.
Hochschlächterei
Fr. Kollmann,
Reiferstr. 8.

Fachturnus
in
Herrn- und Damenschneiderei
für fortgeschrittene Schneider und Schneiderinnen.
Im Auftrage der Gewerbetämmer zu Lübeck beginnt die
Zuschneidestelle Heinrich Maurer
Berlin, Alexanderplatz,
in obigen Fächern je einen
Schnitt-, Schen- und Zuschneideturmus.
Die Aufnahme von Teilnehmern erfolgt im Unterrichtslokal:
Turnerschaftshaus, An der Mauer 55 a,
am Sonnabend, dem 9. Juli, nachm. 4-7 Uhr, Sonntag, d. 10. Juli, vorm. 10-12 1/2 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Planet“
Ortsgr. Packerburg u. Umgegend.
Einladung zum
BALL
am Sonntag, dem 10. Juli 1921
im Lokale des Herrn Diedrichsen.
Anfang 6 Uhr. Ende 9
Der Vorstand.

Wofung! Die bekanntesten Marktthelle!
Dän. Schweinsköpfe
mit voller Fettbude frisch eingetroffen, 2 nur 6.00 Mk.
8908) Verkaufstage Freitag und Sonnabend.

Perfekte Heizungsmonateure
stellen ein (8810)
Ollmann & Münemann,
Breite Strasse 27.

Empfehle na. frischegechl.
fett. Döbrüchl. Pfd. 12.00
Gul., Röllli u. Beif. 14.00
Pa. fett. Gefrierf. 8-9.00
Roul., Beif. u. Gut. 12.00
Pa. fett. Gammal. 12-13.00
Schweinef. 18-17.00
Kaltfleisch 10.00
Fett. u. mag. Speck 13.00
Ger. hiel. Speck 22.00
Weißes Schmalz 13.00
Zalg 8.00
Tägl. fr. Suppentisch. 1.00
Ferner feinst. Würstsorten in bester Qualität, auch für Wiederverkäufer.
Otto Reining,
Lübeck, Stadelndorf,
Schlachtere u. Würstfabr. mit Kraftbetrieb. (3785)
Hauptstr. 1521.

Kolloseum.
Jeden Dienstag und Freitag
Garten-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung der Geschwister **Ohde** (Duetto) und Herrn **Josef Immendorf.**
Walzer- und Operetten-Abend.
Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolloseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Duettkarten Mk. 20.— auschl. Steuer.
Bei ungewöhnlicher Witterung im Saal.
Anfang 7 1/2 Uhr. (3776)

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck. (8795)
Berjammlung
der **Kohlenakkordarbeiter**
am Freitag, 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus,**
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
8795) Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Brauerei- u. Mühlenarb.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 9. Juli, abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Abrechnung v. 2. Quartal 1920.
2. Eingänge.
8801) Der Vorstand.

Die Kriegsverlängerer toben!
Die Deutschnationalen, im besondern Herr Helfferich, spritzen täglich ihre Wut gegen

PHILIPP SCHEIDEMANN
und dessen beide letzte Veröffentlichungen
„Der Zusammenbruch“
Papst, Kaiser und Sozialdemokratie

Beide Veröffentlichungen Scheidemanns sind tödliche Waffen gegen die wahren Urheber des Friedensvertrages und des Ultimatus

Jeder Sozialist muß Scheidemanns Bücher kaufen haben

Unter bequemsten Zahlungsbedingungen zu haben bei
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 16.

Zigarrenhaus Fünthausen
Für Raucher (3774) beste Bezugsquelle.
Inh.: P. Gerhard Fünthausen 31

Neueste Ausgabe!
Kommentar zum Betriebsrätegesetz.
Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entschärfungen des Reichsarbeitsministeriums.
Von **Dr. Georg Flatow.**
Preis Mk. 12.50.
Friedr. Meyer & Co.

Zur Mühle
Bedergrube 61.
Futtererbsen Pfd. 1.80
Woll-Reis Pfd. 2.40, 3.00, 3.60, 4.00
feinste Haserflecken Pfd. 2.80
feinst. Kartoffelmehl 3.50
feinst. Weizenmehl 3.50
Weizenengröße 4.00
Gerstengröße u. Graupen (8802) Pfd. 2.50-2.90
weißes Kuchenbrot 2.70
weißer Grieß 2.90
Wischbrot 3.50
böhmische Pfannkuchen 5.00

Im Ausverkauf!
Hemdentuche 8.80, 7.80, 6.25
Stouts 8.80, 7.95, 6.50
Gerstenkorn-Hanfuch v. 4.75 an
Schürzenstoffe von 9.75 an
Auf alle nicht erwähigten Waren
10% Rabatt.
Heinrich Beuck
Broderstraße 25.

Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein
Lübeck.
General-Versammlung
am Freitag, 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
im **Reinholdshaus, Sunde-straße 41.**
Tagesordnung:
1. Berichte.
2. Anträge (Beitragserbö.)
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.
8783) Der Vorstand.
Die Vorstandsmittglieder müssen 7 Uhr erscheinen.

Hansa-Theater
Heute (8809) **Donnerstag**
8 U. Zum letzten Male:
Mascottchen.
8 U. Freitag: 8 U. Zum letzten Male:
Die Scheidungsreise.
Sonnabend, d. 9. Juli: **Erstaufführung.**
Der Traum vom Glück.
Operette in 3 Akten von **Martin Knopf.**

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. Juli.

Der Sozialdemokratische Verein

Am Dienstag seine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab, die zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Genosse Paul Löwig, widmete den verstorbenen Mitglieðern einen warmen Nachruf und begrüßte den anwesenden Genossen Dr. Schlammer, wobei er dessen erfolgreicher Tätigkeit für die Lübecker Arbeiterchaft gedachte. Genosse H. Wolfradt gab die Abrechnung von der Maifeier, die 26730 Mark Einnahmen und 12454,30 Mark Ausgaben erbrachte. Hierauf hielt Genosse Wuschid-Berlin einen recht inhaltreichen Vortrag über die Aufhebung möglicher Hindernisse des deutschen Volkes. Der Redner streifte einleitend die Stimmung der Novembertage des Jahres 1918, erinnerte an die Freude im Volke über die gestürzten Despoten und an die Hoffnungen, die auf die neue Zeit gesetzt wurden. Daß die Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllt werden konnten, war den alten erfahrenen Parteigenossen klar; sie sahen die großen Kämpfe unter der Arbeiterchaft voraus. Der wirtschaftliche Beobachtungen gemacht hatte, mußte sich sagen, daß die Sozialisierung nicht an einem Tage durchzuführen war. Die Kommunisten nutzten die Lage aus und schimpften uns in Gemeinheit mit den Unabhängigen Verräter: Wer den verhängnisvollen, klaren Weg geht, den uns Geschichte und wirtschaftliche Bedingungen vorschreiben, wird von den Kommunisten, die Not und Elend des Volkes zu egoistischen Zwecken auszunutzen, mit diesem Schimpf belastet. Unsere Zukunft wird leider auch weiterhin durch schwere Sorgen getrübt sein, denn Deutschland ist ein armes Land, das von seinen 60 Millionen Menschen nur 40 Millionen selbst ernähren kann. Es hätte schon in Friedenszeiten, als alle Lager gefüllt waren, für 4 Milliarden Mark Futur- und für 6 Milliarden Mark Rohstoffe ein, die heute das Fehlfache kosten. Alle diese Dinge müßten wir vom kapitalistischen Ausland kaufen, das sich wohl überlegt, wenn es Kredit einräumt. Dieses Ausland achtet sorgfältig darauf, daß sich der Sozialismus nicht allzu weit durchsetzt, weil es fürchtet für die Folgen in den eigenen Ländern hat. Vorläufig kann uns nur Arbeit retten, aber nur solche Arbeit, die nicht für einzelne Kapitalisten, sondern für die Volksgemeinschaft geleistet wird. Deshalb ist es notwendig, daß der Grobkundbesitz so weit wie möglich wird, als er nicht möglich ist, das Land rational und nützlich zu bebauen. Es gibt heute noch Standesherrschaften, die 30 000 Morgen Land und 54 Rittergüter umfassen. Mehr als 3000 Morgen sollte kein Grundbesitz umfassen. Die Verhältnisse der Landarbeiter müssen so verbessert werden, daß auch der Industriearbeiter bereit ist, aufs Land zu gehen und die Produktion zu erhöhen. Weiter ist notwendig die Sozialisierung des Stein- und Braunkohlens, sowie des Kalibergbaues. Die Erdschicht verdanken ihr Vorhandensein nicht der Intelligenz einzelner, sondern die Natur hat sie für alle geschaffen. Sie gehören also der Allgemeinheit. Genosse Wuschid ging dann auf die politischen Verhältnisse ein und forderte in Anbetracht dessen, daß der letzte Reichstag nicht mehr sehr alt werde, den Versuch unserer Organisationskommission so weit, daß wir jederzeit bereit sind, den Kampf aufzunehmen. Treffend zeichnete der Redner die reaktionären Parteien einschließend der Demokraten und betonte, daß die Sozialisten jederzeit bereit sind, ihr Vaterland zu verteidigen, wenn sie dadurch ihre Macht erweitern können. Die deutschnationalen Kreise die schlimmste Maulwurfsarbeit; ihre querschnittlichen Rechte und das Monopol auf die höheren Stellen hand ihnen von jeher höher als das Wohl des Vaterlandes. So wie sie schämen auch die Volkspartei unter Sinnesloser Führung vor allem ihren Gehirne. Die Sünden der Demokraten sind riesengroß. Sie drücken sich vor dem Mikroskop und haben in den Gewerkschaften an der Seite Helfertiers. Bei der nächsten Wahl bricht diese demokratische Partei an ihrer Unwahrscheinlichkeit an zusammen. Der Kampf um die Reichsregierung wird zur Reichsausschussführung führen, davon müssen wir uns gefaßt machen. Nicht anständig und auf Grund bitterer Erfahrungen schilderte Genosse Wuschid die Tätigkeit der Kommunisten, die die Erfolge der Arbeiterchaft um 30 Jahre hinausgeschoben haben. Sie menden sich in der Hauptsache gegen die eigenen Klassenossen. Das ist nicht weiter vermerken, denn in den Kreisen der Kommunisten sitzen die kapitalistischen Agenten, die von Sinneslosigkeit werden. Große Massen wurden durch die kommunistische Tätigkeit vom Sozialismus wieder abgelenkt, sie gingen in

bürgerliche Lager oder wurden indifferent. Die Kommunisten zielen auf den Egoismus ab, während wir Sozialisten an das Gemeinschaftsgefühl der Menschheit appellieren. Die Kommunisten werden aber den gleichen Zusammenbruch erleben wie die Unabhängigen, die erst durch kommunistische Prügel zur Vernunft gebracht wurden. Der Kadaver, der jetzt überall bei den Kommunisten gemacht wird, zeigt nur die letzten Zudungen dieser Sekte, von der sich alle Intelligenzen abgewandt haben. Weiter streifte Genosse Wuschid die Einigungsfrage, zeigte das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiterchaft gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung und zeigte die Möglichkeiten einer Friedensvertragsrevision durch die Tätigkeit des internationalen Sozialismus. Um den Sozialismus durchzuführen zu können, müssen wir uns egoistischen Menschen werden, müssen zeigen, daß einer für den andern einsteht. Erfüllung des Sozialismus ist, wie schon Bebel sagte, zugleich Erfüllung des Christentums. So werden wir Menschen heranzubilden, die auch fähig sind, die geistigen und kulturellen Güter zu erobern. Gelingt es uns nicht, die Menschen mit diesen Gütern zu besetzen, dann würden wir arm bleiben, auch wenn sich der Sozialismus durchgesetzt hätte. Recht zu Herzen gehende Worte fand der Redner gerade bei der Besprechung dieser unvergänglichen sittlichen und ethischen Menschenswerte, die uns mit anzuwenden sollen, den schweren Lebensgang anzutreten. Stürmischer Beifall wurde dem Genossen Wuschid am Schlusse seines glänzenden Vortrages zuteil.

Es folgte eine längere Diskussion ein, in der Genosse Wuschid die Frage streifte, ob es doch nicht möglich gewesen wäre, beim Ausbruch der Revolution mehr von unseren sozialistischen Forderungen durchzusetzen. Ferner ging Genosse Brehmer auf die Grund- und Bodenfrage ein. — Genosse Sülke war der Meinung, die Revolution sei zu unblutig verlaufen. Um die Bourgeoisie abzuschrecken, hätte rücksichtslos vorgegangen werden müssen. Die Bourgeoisie würde ihre Macht schonungslos anwenden. Selbst Scheidemann habe gesagt, daß bei einer ähnlichen Situation das Nichtamt vom Volke übernommen werde. Auch dieser Diskussionsredner betonte die Sozialisierungsnotwendigkeiten und die Grund- und Bodenfrage. Er ist ferner der Meinung, daß es unter den Kommunisten keine Sinnesagenten gibt, sondern daß es Anarchisten sind. Echte intellektuelle Kommunisten menden sich vom Kommunismus ab. Gegen die reaktionären Parteien fordert Genosse Sülke den härtesten Kampf. — Genosse Dreger behandelte die Sozialisierungsfrage, die recht notwendig angesehen werden müsse. Sie dürfe nicht zum politischen Schlagwort ausarten. Wenn wir durch die Sozialisierung nicht nachweilen können, daß wir besser und mehr produzieren, dann trifft uns ein Rückschlag. Die Vorbedingungen zur Sozialisierung der wichtigsten Industrien müssen geschaffen werden. Genosse Dreger behandelte dann die Vorgänge bei den Kommunisten, wie sie sich in Berlin und in Lübeck abgespielt haben, geistelte scharf das Treiben dieser radikalsten Elemente und wies auf die bevorstehenden großen Arbeiterentlassungen an der Wasserfront hin. Hier sollten 30 000 Werftarbeiter Brotlos gemacht werden. Bei diesem Vorgehen der Werftarbeiter, die als Stoßtrupp des Grobkundbesitzes gegen die Arbeiterchaft benutzt würden, sollte es Solidarität zu beweisen. Die Allgemeinheit müsse hier helfend eingreifen, soll nicht die Welle der Erwerbslosigkeit über uns zusammenbrechen. Wir werden seinem Kampf aus, aber wir richten unsere Taktik so ein, daß die Anklagen des Unternehmertums an ihr scheitern. — Im Schlußwort verwies Genosse Wuschid darauf, daß die ersten Verluste zur Reform der Rentenverhältnisse im preußischen Landtag an der Solidarität der Besitzenden geknüpft seien. Deshalb sei zu gründlichen Überlegungen auf diesem Gebiet vor allem eine Mehrheit unserer Vertreter im Parlament notwendig. Die beste Form der Bodenwirtschaft müsse erzwungen werden; jedenfalls sei eine Hauptaufgabe, den Staat als Sachwalter zu betrachten und den Behauer an dem Grundstück zu interessieren. Daß bei der Revolution Fehler gemacht worden seien, sei verständlich und nicht das erste Mal in der Geschichte zu verzeichnen. Würde man die Mängelhaftigkeit gekannt haben, die die Reaktion nachher unternahm, wäre man mit ihr gewiß anders verfahren — vorausgesetzt, daß man die Hauptmotive erwischt hätte. Das Bürokratismus selbst hatte sich in die Ecke gedrückt. Die Unabhängigen und Kommunisten haben es durch ihre Kuscheltätigkeit wieder in den Sattel geholt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß selbst die „rote Fahne“ das Vorhandensein von Spitzeln in ihren Reihen verriet. Lügen und Schwindeln ist bei den Kommunisten ein Programm geworden. Der Kadaver, wie er hier in der Betriebsräteversammlung aufhande kam, war nicht von den Erwerbslosen vollführt, sondern von den Kommunisten. Die kommunistischen Drahtzieher haben das Räuberunwesen in Mitteldeutschland in Szene gesetzt und dort

das Totschlagen der U.S.V. und S.V.D.-Vertrauensleute propagiert, sind dann, wie immer in solchen Fällen, verschwunden und haben die Arbeiterchaft im Stich gelassen. Sie zeigen nur Mut, wenn es gegen die eigenen Klassenossen geht. Zum Schluß appellierte Genosse Wuschid an die Einigkeit der Arbeiterchaft, die stark genug sei, jeden Angriff auf die Republik abzuwehren. Sollte ein solcher stattfinden, dann werde die Arbeiterchaft die Abrechnung mit den Kappisten selbst besorgen.

Ueber die Flaggfrage

referierte Genosse Dr. Leber. Er betonte, daß diese Frage recht sorgfältig behandelt werden müsse, wenn man verhängnisvolle Folgen in der Partei vermeiden wolle. Es seien Fehler gemacht worden, die nun nicht mehr zu ändern seien. Auch hier müsse man sich die Frage vorlegen, wie man der Partei am besten dienen könne. Der Redner schilderte dann den Verlauf der Flaggbewegung und die Stellungnahme des Lübecker Senats hierzu, der sich nach einem Auspruch des Senators Dr. Kallbrenner in der Bürgerschaft einstimmig den Beschlüssen des Hamburger und Bremer Senats angeschlossen habe. Wie der Beschluß aufhabe gekommen sei, erfahre man nicht, jedenfalls war damals noch keine große Bewegung entbrannt. Es handelte sich angeblich nur um einen unschuldigen Vorstoß, aus wirtschaftlichen Gründen die Wöls in der Handelsflagge hinauszuschleppen. Unsere Genossen im Senat haben die Tragweite der Eingabe an die Reichsregierung nicht übersehen und sind nicht genügend dagegen aufgegetreten. Das war ein Fehler. Jeder-mann kann Fehler machen, aber er muß diese auch einsehen, wenn sie ihm nachgewiesen werden. Bedauerlich ist nur, daß sich die ganze Rechtspreffe auf die Hansestädte beziehen konnte. Bei dem Streik geht es nicht nur um die Handels-, sondern auch um die Reichsflagge. Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion hat ihrem Protest bereits Ausdrück verliehen, und vom Lübecker Senat ist zu verlangen, daß er derartige Extratouren in Zukunft unterläßt. Bevor er Eingaben macht, die mit der Reichsverfassung in Berührung stehen, hat er sich der Zustimmung der Mehrheit der Bürgerschaft zu verschern. Der Kampf um die Flagge wird weitergehen; wir sind fest entschlossen, für die republikanische Flagge einzustehen. Der Redner legte die bereits gestern veröffentlichte Resolution vor. Es folgte hierauf eine lebhafte Debatte ein, in der u. a. Genosse Paul Löwig auf die erst nachträglich einwirkende agitatorische Tätigkeit der Rechtsparteien hinwies, während vordem reine Zweckmäßigkeitserwägungen erwoogen worden seien. Er für seine Person lehne einen Tadel ab seiner Haltung ab. Die Meinung, daß die Eingabe einstimmig angenommen worden sei, beruhe auf einem Irrtum, da darüber überhaupt nicht abgestimmt worden sei. Er stimme dem Referenten darin zu, daß die Flaggfrage erst dadurch Bedeutung erlangt hätte, als sie von den Rechtsparteien zur Parteifrage gemacht worden sei. — Genosse Salomon bezeichnete den Senatsbeschluß als einen Skandal. Es sei um so mehr eine Unverschämtheit sondergleichen, als der Senat die Stimmung der Bürgerschaft in dieser Frage kannte. Der Redner forderte, daß der Senat den Beschluß zurückziehe und legte eine längere Resolution vor, in der dem Senat ein Mißtrauen ausgesprochen wird. In der Debatte beteiligten sich weiterhin die Genossen Brehmer, Dr. Leber, Sülke und Dreger, der insbesondere auf die verfassungsmäßige Stellung von Senat und Bürgerschaft hinwies und darauf aufmerksam machte, daß wir neben dieser Flaggfrage die wichtigeren wirtschaftlichen und politischen Ereignisse nicht betonen dürften. Schließlich wurde die Resolution vom Genossen Dr. Leber von der zahlreich besuchten Versammlung gegen 3 Stimmen angenommen.

Streik im Friseurgewerbe.

Donnerstag mittags 1 Uhr sind die Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts des Friseurberufes in den Streik getreten. Trak des größten Entgegenkommens hat die Friseurinnung es abgelehnt, irgendwelche Zugeständnisse in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen. Der Schlichtungsausschuß, der in seiner Sitzung vom 21. Juni über diese Differenz zu entscheiden hatte, sprach den Arbeitnehmern rektlos ihre aufgelisteten Forderungen ab. Die Forderung betrug 20 Mk. Zulage pro Woche für alle Arbeitnehmer und einen halben freien Tag in der Woche. Obgleich nun, wie aus obigem Schiedsspruch ersichtlich, alle Instanzen die Forderungen der Gehilfenschaft als vollständig berechtigt anerkannt, und auch ein großer Teil der Arbeitgeber diesen Standpunkt teilt, hat die Mehrheit der Innung es doch fertig gebracht, diesen Forderungen nicht zuzustimmen. Trotzdem versuchten nach Ablehnung des Schiedsspruchs der Arbeitgeber die Angestellten des Friseurberufes nochmals, durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

8. Fortsetzung.

Hediger sah sehr kritisch auf die ganze Anstalt und grüßte mit etwas strenger Miene; allein Hermine war so holdselig und dabei so resolut, daß er wie aufs Maul geschlagen dahinfuhr und endlich, daß er selbst ein „Glas Wein“ aus dem Keller holte und sogar aus dem kleinen Krüßchen. Hermine erwiderte diese Gnade dadurch, daß sie behauptete, es müsse für Karl auch ein Teller voll Mäuse aufbewahrt werden, da er in der Kaserne doch nicht viel Gutes hätte. Sie nahm ihren Teller und zog mit den zierlichen Fingern eigenhändig die schönsten Mäuschen an den Schwänzen aus der Schüssel und so viele, daß die Mutter selbst zuletzt rief, es sei nun genug. Jene stellte aber den Teller neben sich, betrachtete ihn wohlgefällig von Zeit zu Zeit, nahm auch etwa einen Stück daraus und ach es, indem sie sagte, sie sei jetzt bei Karl zu Gaste, und ersetzte den Raub gewissenhaft aus der Schüssel.

Enthlich wurde das Ding dem guten Hediger zu hantl; er kratzte sich hinter den Ohren, und so eilig seine Arbeit war, zog er doch schnel den Kopf an und rampte fort, den Vater der Sünden über sich zu schenken. „Wir müssen aufpassen!“ sagte er zu ihm, „deine Tochter sieht in deiner Herrlichkeit bei meiner Alten, und es ist mir ein sehr verdächtiges Geis, du weißt, die Weiber sind des Teufels.“

„Warum jagst du den Aff nicht fort?“ sagte Frummann ärgerlich.

„Ich fortjagen? Das werd' ich bleiben lassen, das ist ja eine Staatshehle! Komm du schütz und schütz nach!“

„Gut, ich komme sogleich mit und werde dem Kind angemessen bedeuten, was es zu tun hat!“

Als sie aber hintraten, fanden sie statt des Krüßchens den Scharskrüßchen, der seine grüne Weste aufgeschöpft hatte und sich das aufgeschobene Gebüd und den Rest des Weines um so besser schmecken ließ, als ihm die Mutter beiläufig mitgeteilt hatte. Hermine würde diesen Abend wieder einmal auf dem See fahren, da es so schöner Mondschein und schon vier Wochen her sei, seit sie es getan.

Karl fuhr um so peitiger auf den See hinaus, als er mit dem Zapfenstreich, den die Züriger Trompeter in himmlischen Harmonien erklingen lassen in schönen Frühlings- und Sommermächten, wieder einzudringen müßte. Es war noch nicht völlig dunkel, da

er vor den Zimmerplatz kam; aber o weh, des Herrn Frummanns Bootchen schwamm nicht wie sonst im Wasser, sondern lag umgedreht auf zwei Böden, wohl zehn Schritte vom Ufer entfernt.

Sollte das eine Fopperei sein oder ein Streich von dem Alten? dachte er und wollte eben betreten und aufgebracht abfahren, als der große goldene Mond aus den Wäldern des Buriabergs heraufstieg und zugleich Hermine hinter einer blühenden Weide hervortrat, die ganz voll gelber Röhrei hing.

„Ich wußte nicht, daß unser Schiff neu angefaßt wird“, flüsterte sie, „ich muß daher in deines kommen, fahr schnell weg!“ Und sie sprang leichten Fußes zu ihm hinein und lehnte sich ans andere Ende seines Jagers, der kaum feden Schuß Lang war. Sie fuhren hinaus, bis sie jedem spähenden Blick entschwunden waren, und Karl stellte unverweilt Hermine wegen Raubstahl zur Rede, indem er dessen Worte und Taten erzählte.

„Ich weiß“, antwortete sie, „daß dieser Monsieur mich zur Frau begehrt und daß mein Vater sogar nicht abgeneigt ist, ihm zu willfahren; er hat schon davon gesprochen.“

„Reitet ihn denn der Teufel, dich diesem Strolch und Tagelöhner zu geben? Wo bleiben seine gewöhnlichen Grundsätze?“

Hermine zuckte die Achseln und meinte: „Der Vater hat einmal die Idee, eine Anzahl großer Häuser zu bauen und damit zu spekulieren; darum möchte er einen Schwiegersohn haben, der ihm darin zur Hand geht, besonders was das Spekulieren betrifft, und, indem er für das Ganze besorgt ist, weiß, daß er seinen eigenen Nutzen fördert. Er denkt sich ein gemeinschaftliches, vergnügtes Schaffen und Spintistieren, wie er es gewünscht hätte mit einem eigenen Sohne zu teilen, und nun scheint ihm dieser Herr das rechte Geis dazu zu sein. Dem fehlt nichts, sagt er, als ein tüchtiges Geschäftsleben, ein ganzer Praktikus zu werden. Von seine einseitigen Lebensart weiß der Vater nichts, weil er nicht auf das Tun der Leute sieht und nirgends hinkommt, als zu seinen alten Freunden. Kurz, der Raubstahl ist morgen, da es Sonntag ist, bei uns zum Essen eingeladen, um die Bekanntschaft zu befestigen, und ich fürchte, daß er mit der Tür ins Haus fallen wird. Er ist zudem ein schmählicher Wohlthäter und frecher Mensch, wie ich gehört habe, wenn er etwas erlangen will, woran ihm gelegen ist.“

„Er nun“, sagte Karl, „so wirst du ihn gehörig abzurumpfen!“

„Das werde ich auch tun; aber besser möge es, wenn er gar nicht käme und mein Papa im Stich ließe.“

„Das wäre freilich besser, aber es ist ein frommer Wunsch, er wird sich wohl helfen, wenn er nicht heute noch oder morgen

früh zu einer Dummheit verführen, daß ihr miteinander Arrest erhelet für vierundzwanzig oder achtundvierzig Stunden?“

„Du bist sehr gutig, mich zwei Tage ins Loch zu schicken, um dir ein Nein zu erlauben! Tuft du's nicht billiger?“

„Es ist notwendig, damit unser Gewissen nicht zu sehr leidet, daß du das Leiden mit ihm teilest! Was des dein betrifft, so wünsche ich gar nicht in die Lage zu kommen, ja oder nein, zu dem Menschen sagen zu müssen; es ist schon genug, daß er in den Kaserne von mir spricht. Weiter soll er es nicht einmal beim a.“

„Du hast recht, mein Schätzchen! Dennoch denke ich den Schlingel allein ins Loch spazieren zu lassen, es dämmert mir ein Projekt auf. Doch genug hieron, es ist schade für die köstliche Zeit und um den goldenen Mondenschein! Denkst du dir nichts dabei?“

„Was soll ich mir denken?“

„Daß wir uns vier Wochen nicht gesehen haben und daß du heute nicht wohl ungeküßt das Land betreten dürftest.“

„Wißt du mich etwa küssen?“

„Ja, ich! aber es eilt mir gar nicht, ich habe dich zu sicher in der Hand! Ich will mich noch einige Minuten, vielleicht fünf, höchstens sechs darauf freuen!“

„So, so! Ist das nun der Dank für mein Vertrauen, und ist es dir wirklich ernst? Wäßest du nicht mit dir unterhandeln?“

„Und wenn du mit Engelzungen redest, mitnichten! Jetzt ist guter Rat einmal teuer, mein Krüßlein!“

„So will ich Ihnen auch etwas vortragen, mein Herr. Wenn du mich heute Abend noch nur mit einer Fingerspitze berührst gegen meinen Willen, so ist es aus zwischen uns beide und ich werde dich nie wieder sehen; das schwöre ich dir bei Gott und bei meiner Ehre! Denn es ist mir ernst.“

Ihre Augen funkelten, als sie das sagte. „Das wird sich dann schon geben“, erwiderte Karl, „halte dich nur still, ich werde jetzt halb kommen!“

„Tu, was du willst!“ sagte Hermine kurz und schwiea. Allein sei es, daß er sie doch für die Zeit hält, die er zu halten, aber daß er selbst nicht wünschte, daß sie ihren Schwur bräche, er blieb gehorsam an seinem Platze sitzen und schaute mit blühenden Augen an ihr hinüber, im Mondlichte stehend, ob sie nicht mit den Mundwinkeln läude und ihn anschaue.

„Ich muß mich also wieder, mit der Vergangenheit trösten und durch meine Erinnerungen entschlafen“, begann er nach einer kleinen Stille; „aber sollte es diesem sternen festgeschlossenen Mädchen ansehn, daß es vor vielen Jahren schon so viele Küsse zu geben wußte!“

(Fortsetzung folgt.)

Samstag, 24. Juli, der Streit schon vor einer Woche beschlossen war. In dieser Verhandlung zeigten die Arbeitnehmer abermals ein Entgegenkommen, indem sie ihre Forderung dahin ermäßigten, (trotz des Schiedspruchs), daß nun nicht mehr für alle Arbeitnehmer eine Erhöhung des Lohnes um 20 Mt. erfolgen soll, sondern daß sie nunmehr lagten, die ledigen Beschäftigten erhalten pro Woche 10 Mt. und die Verheirateten 20 Mt. Zulage. Auch dieses erneute Angebot wurde von der Innung abgelehnt. Daraufhin beschloß in einer erneuten Versammlung am gestrigen Abend die Arbeitnehmerchaft des Friseur- und Haarpflegewerbes einstimmig heute mittag 1 Uhr in den Streik zu treten.

Die Arbeitnehmer des Friseurgewerbes bitten alle Bevölkerungsteile Lübeck, sie in diesem Kampfe zu unterstützen. Wird es doch keinen Beruf mehr geben, in dem noch, wie in diesem Jahre von 135 Mt. und 150 Mt. bezahlt werden. Gibt es doch auch weiterhin keinen Beruf, in dem noch eine Wochenarbeitszeit von 57 Stunden von den Angestellten verlangt wird. Aus diesem Grunde bitten wir die Bevölkerung Lübeck um weitestgehende Unterstützung in unserem Kampfe.

Um den Bedürfnissen des Publikums in bezug auf Rasieren und Haarschneiden nachkommen zu können, werden von Seiten des Arbeitnehmerverbandes des Friseurgewerbes in allen Stadtteilen sogenannte fliegende Rasier- und Haarschneidestuben errichtet. Die näheren Bekanntmachungen hierüber erfolgen umgehend.

Die wertvollste Bevölkerung wird in unmittelbarer Nähe der großen Arbeitsstätten vor allen Dingen an den Sonnabenden, ebenfalls Gelegenheiten finden, ihre Bedürfnisse in bezug auf Rasieren und Haarschneiden befriedigen zu können. Wir bitten, von diesen Einrichtungen weitestgehenden Gebrauch zu machen und dadurch den Kampf, der uns aufgezwungen wurde, und den wir vermeiden wollten, aufs wirksamste zu unterstützen. Bestellungen jeder Art werden mündlich und telephonisch im Streikbureau Anorts Restaurant, Klingenberg 2, Telephonnummer 171, entgegengenommen.

Die Arbeitnehmerinnen des Friseur- und Haarpflegewerbes sind Schlichter an Schlichter mit ihren männlichen Kollegen nicht in den Kampf getreten, um eine Erhöhung ihrer mehr als ungenügenden Entlohnung zu erzwingen, sondern um zunächst einmal nur die Arbeitgeber zu veranlassen, sich bereit zu erklären, ein Tarifverhältnis mit ihnen einzugehen. Schon monatelang bemühen sich die Vertreter des Verbandes, diesbezüglich zu einer Verständigung mit dem Verein der Damenfriseurinnen zu kommen. Leider bisher vergeblich. So sehen sich denn auch diese wohl am schlechtesten bezahlten Arbeitskräfte Lübeck ebenfalls gezwungen, um gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, in den Streik zu treten.

Die Arbeitnehmerinnen des Friseurberufes wenden sich deshalb an den weiblichen Teil der Lübecker Bevölkerung mit der herzlichsten Bitte, ihren Kampf zu unterstützen. Auch sie werden ebenso wie ihre männlichen Kollegen, zu jeder Zeit zur Verfügung des Publikums stehen. Alle Meinungen und Anforderungen sind an die obengenannte Adresse zu richten.

Von der arbeitenden Bevölkerung Lübeck erwarten die Arbeitnehmer des Friseurgewerbes weitestgehende Hilfe und Unterstützung dadurch, daß sie Veranlassung nehmen, diejenigen Geschäfte, bei denen sie bisher Kunde waren, mit zu veranlassen, den gerechten und beschiedenen Forderungen der Friseur- und Friseurinnen nachzukommen.

Der Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes, Zweigstelle Lübeck.

Achtung, SPD-Metallarbeiter! Zahlreiches Erscheinen in der morgigen Metallarbeiterversammlung unbedingt erforderlich. Der Fraktionsvorstand.

Aus dem Schmiedewerke. Von Gehilfenette wird uns geschrieben: Es war einmal eine Schmiedewerke in der alten Stadt Lübeck, die für ihre Gesellen nur Gutes im Auge hatte. Jedoch die Gesellen verstanden die Innung nicht und nahmen sich immer neue Rechte heraus, worüber die Innung sehr erbost wurde. Als erste Sache kam der Verband. Hier begannen die Gesellen eine Lasterhaftigkeit ohne Gleichen. Wenn auch vor dem Kriege eine große Zahl der Gesellen den Wunsch hegte, hat eines Tages ein Schmiedewerke angegehört, so erklärte es an denen, die mit dem alten Zopf einverstanden waren und den Meistern die Hände küßten, wenn diese ein Glas Bier für sie ausgaben und an denen, die den Wunsch nicht zur Tat reifen ließen. Nach dem Kriege wurde jedoch das Bestreben stärker und der Vorstand des Zentralvereins gab dem Wunsch der Ortsgruppe nach; er wurde Zentralverband. Die Lübecker Gesellen traten geschlossen zum Verband über bis auf einen, der nach einem halben Jahr fand, daß die Ortsgruppe nicht in den Ortsausschuß passe und aus diesem Grunde aus dem Verbande trat! Von Meisterseite wurde jetzt den Gesellen oft vorgehalten, daß sie enorme Summen im Jahre sparen könnten, wenn sie aus dem Verband treten und statt dessen einen Unterstützungsverein unter sich gründen. Die „Aufwiegler“ unter den Gesellen hielten ihre Kollegen immer noch von der „guten Sache“ ab und es ist nicht zu verwundern, wenn man sich dieser zu entledigen sucht. Die zweite Sache, die den Meistern nicht gefällt, sind die Lohnforderungen. Vor 2 Jahren verlangten die Gesellen einen Wochenlohn von 80 Mt. und hielten bei dieser Forderung, trotzdem von einem Meister hoch und heilig versichert wurde, in einem halben Jahre hätten wir Lohn- und Preisabfall. Statt dessen verlangten die Gesellen zum 1. April 1920: 150 Mt., zum 1. Juli 1920 einen Wochenlohn von 225 Mt. und zum Dank kam ein Kollege auf die Straße. Jetzt wurde Anfang dieses Jahres eine Lohnforderung auf 300 Mt. gestellt. Trotzdem die Meister jedesmal die Lohnerböschung mit einer Lohnerhöhung bezahlten und diese Summe für 1/4 bis 1/2 Jahr auslegten und es dann einlassen, ging wie immer ein Jammer los. Man verschleppte die Verhandlungen bis zum 1. Juli und es soll nicht wunder nehmen, wenn nicht einige Meister, wie bei der letzten Lohnforderung, versuchen werden, ihren Gesellen mit dem alten Lohn abzuspeisen. Möchten die Kollegen sich dann ihrer Organisation erinnern und nicht für den alten Lohn weiterkaufen, damit derartiges nicht zur Gewohnheit wird. In der Sitzung des Senatsbetrats, in der die Erhöhung der Löhne beraten wurde, und wo ein Vertreter der Innung wie ein Kollege zugegen war, wurde die Löhne und die Meneinteilung der Bezirke genehmigt. Es wurde aber allen, bis auf einen Meister zur Pflicht gemacht, einen Gesellen zu beschäftigen. Hierdurch wäre ein arbeitsloser Kollege von der Straße gekommen. Aber weit gefehlt es wird jetzt noch einer dazu entlassen, jedoch sich noch einer mehr auf der Straße herumtreibt. Nun, es ist ja auch sehr schön gezeichnet, wenn ein Meister meint, 4000 Mt. für ein Bierjahr kann ich mir selber verdienen. Wie aber die Arbeit ausbleiben wird, davon hat der Herr nicht gesprochen. Hoffentlich wird sich der Senat noch mit diesem Herrn beschäftigen und hat den nötigen Respekt verschaffen.

Sanitätsrat im Lübeckischen Staat Anfang Juli 1921. Das Sanitätsamt hat aus den Meldungen der Sanitätsratsberichterstattung für Anfang Juli folgende Sanitätsratsnoten berechnet (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel): für Winter-Beize 2,2 (1920: 2,4), für Sommer-Beize 2,8 (2,6), für Winter-Hygiene 2,4 (2,4), für Sommer-Hygiene 2,5 (2,6), für Sommer-Beize 2,7 (2,7), für Hygiene 2,9 (2,8), für Kartoffeln 2,9 (2,9), für Kartoffeln 2,7 (-), für Klee 2,6 (2,5) und für Weizen 3,0 (2,5). Die Entwicklung aller Pflanzen, besonders die des Hafers und der Kartoffeln, ist infolge der frühen Witterung ins Stocken gekommen. Doch ist der Stand überall zufriedenstellend. Die Klee-Beize ist meist beendet. Die Weizen sind durchweg gemischt; das Einfahren des Heus hat begonnen. Stellenweise fehlt es an

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Juli 1921: 49.289 Mitglieder gegen 40.972 im Jahre 1920. Auf Männer entfielen davon 26.182 (1920: 25.202), auf Frauen 17.127 (1920: 15.770). Arbeitsunfähigkeitsantrag waren am letzten Juni Männer 549 (1920: 498) und Frauen 782 (1920: 568). Auswärtige für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Juni: 2526 (1920: 2228) erteilt. Sterbepfand wurde im Juni für Mitglieder in 31 Fällen, für Angehörige in 26 Fällen gezahlt. Uebertragungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 22 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Münsterschau von Lübeck Industrie und Handwerk in der Nordischen Woche vom 1.-11. September 1921. Wie bereits berichtet, wird während der Nordischen Woche eine Münsterschau von Erzeugnissen, welche im Lübeckischen Staatsgebiet fertig gestellt sind, stattfinden. Als Ausstellungsort ist bestimmt das Gelände zwischen Postentor und dem alten Bahnhof, auf dem zur Ergänzung der vorhandenen Gebäude weitere Ausstellungsräume aufgeführt werden. Nach den bereits vorliegenden Anmeldungen (weit über 100) läßt sich ersehen, daß auf dieser Ausstellung wohl die ganze „Abbecker“ Industrie und die bedeutendsten Zelle des „Abbecker“ Handwerks vertreten sein werden. Die Ausstellungsbedingungen liegen nunmehr vor und sind bei der Geschäftsstelle der Württemberg Zentral-Bismarck zu haben. Anmeldeschluß ist am 18. Juli.

Opfertag für Oberschlesien. Wir werden um Bekanntgabe folgender Zeiten gebeten: Wie in allen Städten des Deutschen Reiches, so soll nunmehr auch in Lübeck ein Opfertag für die armen so sehr schwer bedrängten Oberschlesier stattfinden. Ausserdem dazu ist der nächste Sonntag. Die Regimentskapelle wird auf dem Weidplatz mittags konzentrieren, und die Schugmannskapelle ist gebeten, auf dem Klingenberg zu spielen. Junge Damen, nicht unter 14 Jahren, und junge Leute, welche bereit sind beim Verkauf von Blumen auf den Straßen Lübeck mitzuwirken, werden freundlich gebeten, sich am Sonntag, 9 1/2 Uhr in der Turnhalle des Johanneums einzufinden.

Tagung des Reichsverbandes Deutscher Ziegenzüchtervereinigungen in Lübeck. Auf der Tagung des Reichsverbandes wurde beschlossen, die Hauptversammlung zur Zeit der Nordischen Woche in Lübeck abzuhalten.

Dritte große Ziegenschau in Lübeck. Am 17. Juli veranstaltet der Ziegenzüchterverein seine diesjährige Ziegenchau in der Rugotehnhalle am Bahnhof. Zur Schau gestellt werden Böcke, Ziegen und Lämmer aller Rassen und Milchschafe.

Ein „Sanfent“. Hamburger Blätter berichten: In Hamburg wurde ein angeblicher Kunstmaler W. festgenommen, den man als Ingenieur L. aus Lübeck feststellte und der wegen Kupferstichdiebstahls aus Bremen verfolgt wird. Er hat zwei Kupferstiche im Werte von 30.000 Mark in der dortigen Kunsthalle gestohlen.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 6. bis 7. d. Mts. ist von einem Balkon eines Hauses in der Oberbedstraße ein rotes Federbett und in derselben Nacht aus dem Keller eines Hauses in der Rabeburger Allee ein Posten Stoffe gestohlen. — Aus einem Raupenschlepper der Verkehrsgesellschaft Nordmark ist ein Magnet Marke Bosch-Epp, B. II. 4 Nr. 240 2797 gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Vorwerk. Parteiversammlung. Am Mittwoch, dem 6. Juli, hielt der Vorwerker Parteiverein seine Monatsversammlung für Juli ab. Nachdem der Vorstand einen kurzen Bericht über den Monat und die Abrechnung für das Quartal gegeben hatte, sprach der Referent des Abends, Gen. Dr. Deber, in längerer Ausführung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft und die zu erwartenden Kämpfe zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Arbeiter mehr Aussicht haben, mit politischen Mitteln den kommenden Angriff des Kapitals abzuwehren als mit wirtschaftlichen, da der Arbeiter in Zeiten neuen Geschäftsganges wirtschaftlich stets der Schwächere sei. Er forderte die Versammlung deshalb auf, die ganze Kraft an die politische Schulung und Stärkung der Arbeiterschaft zu verwenden, und besonders dahin zu wirken, daß endlich auch die Frauen mehr Fühlung bekommen mit der Partei. Auch die Frauen sollten ein Interesse daran haben, ob ihre Kinder in einem Jahre in Lumpen gehen müssen, oder ob das Brot und die Miete doppelt und dreifach so teuer werden sollen als jetzt. Nach kurzer Aussprache über innere Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die wohlgegangene Versammlung.

Kenntnis. Das Geld im Stiefel. Eine große Überraschung erlebte der Rentner Jensen aus Wittorf, denn er erhielt in einem Paket, das an seinen Hauswirt geschickt worden war, die ihm des Nachts geraubten Kleidungsstücke zurück. Der Eindringling hatte einen mit „Fritz“ unterzeichneten Zettel beigefügt, worin er zum Ausdruck brachte, der im Stiefel verdeckt vorgegebene Geldbetrag, gegen 20.000 Mark, genüge ihm. Außerdem hat der Dieb einen bei dem Einbruch mitgenommenen Schuldschein über 5000 Mt. behalten.

Friedland i. Mecklg. Nord. Nach vorangegangener Streit erlosch der Wübner Hermann Graap in Krien seinen Nachbarn, den Wübner Mittelstadt. Beide lebten seit längerer Zeit in Streit. Graap streckte M. ab, er ihn im Felde traf, durch drei Schüsse mit einem Revolver nieder. M. war sofort tot; sein Sohn wurde ebenfalls leicht am Kopfe verletzt. Der Mörder wurde verhaftet.

Stabe. Landarbeiterstreik. Auf der Konferenz des Landarbeiterverbandes wurde beschlossen, in Nordelbingen mit Einschluß von Drochtersen in den Streik zu treten. Wie der Landarbeiterverband mitteilt, war es unmöglich, Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages zu erreichen.

Gewerkschaften.

Vorschläge zur Erwerbslosenfürsorge.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hielt am 5. Juli eine gemeinsame Sitzung mit dem sozialpolitischen Ausschuß ab, um über die Vorschläge des gemeinsamen Unterausschusses zur Erwerbslosenfürsorge zu beraten. Dabei wurden die Vorschläge des Unterausschusses, wie den „B. B. N.“ mitgeteilt wird, einstimmig gutgeheißen und eine allgemeine Begründung mit Mehrheit angenommen. 3. dem Kapitel „Unterstützende Erwerbslosenfürsorge“ schlägt der Reichswirtschaftsrat folgende Forderungen vor:

1. Der beschleunigte Erlass der Gesetze über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung.
2. Bis dahin hat in Fällen dringenden Bedürfnisses eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge nach folgenden Richtungen hin zu erfolgen:

- a) bei anwachsender Erwerbslosigkeit über 4 Wochen durch Erhöhung der Unterstützungssätze;
- b) bei einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit über 3 Monate außerdem durch Rationalisierungen;

c) im Rahmen der bestehenden Erwerbslosenfürsorge durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Weibliche und Jugendliche.

Durch diese Erhöhungen darf allerdings die notwendige Spannung zwischen den Unterstützungssätzen und den normalen Arbeitslöhnen der einzelnen Personengruppen nicht gefährdet werden.

3. In Gemeinden mit großer Erwerbslosigkeit hat eine anderweitige Verteilung der Erwerbslosenkosten zugunsten der Gemeinde zu erfolgen.

Unter „Produktiver Erwerbslosenfürsorge“ wird gefordert:

Die Berliner Buchdrucker zum Schiedspruch. Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nahm den Bericht über die Tarifausgleichung entgegen. Dieser wurde von Abrecht erstattet. Die Prinzipale standen entschieden auf dem Standpunkt der Ablehnung. Sie wollten sogar den Lohn abbauen und führten zur Begründung die Inbeziffer an, worauf unsererseits erwidert wurde, daß diese Ziffern sich auf die Ernährung, aber nicht auf die Existenz bezogen hätten und auch angesichts der bereits wieder sehr gestiegenen Preise gerade der wichtigsten Lebensmittel auch hier nicht mehr als zureichend angesehen werden könnten. Schließlich wurde von den Prinzipalen schiedsgerichtliche Entscheidung beantragt. Es handelte sich nun darum, welche Stellung die Kollegenschaft hierzu einnehmen sollte. Der Spruch müsse als unbesriedigend angesehen werden, dennoch sei unter Würdigung aller Verhältnisse keine Annahme zu empfehlen. Eine von Bierath eingebrachte Resolution, welche sich gegen die Annahme richtete und aktives Vorgehen verlangte, wurde abgelehnt. Ebenso eine von Freudreich gestellte, die Abstimmung verlangte, weil dieses Verfahren den statistischen Bestimmungen des Vereins entgegensteht. Schließlich wurde mit 448 gegen 398 Stimmen folgende von Mühlberg eingebrachte Resolution angenommen: „Die am Montag, dem 4. Juli, im „Deutschen Hof“ tagende Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer gibt nach dem Bericht des Kollegen Abrecht von der Tarifausgleichung ihrer allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck. Sie hatte erwartet, daß man der tatsächlich schwer um ihre Existenz kämpfenden Gehilfenschaft mehr entgegenkommen zeigen würde. Wenn die Generalversammlung dennoch augenblicklich keine ablehnende Haltung zu dem Schiedspruch einnimmt, so geschieht es aus dem Grunde, weil sie vom Zentralvorstand unter allen Umständen erwartet, daß er ungehäumt Maßnahmen ergreift, die zu einer Besserung der schlechten wirtschaftlichen Lage der Gehilfenschaft führen. Aus diesem Grunde steht die Verammlung in der gegenwärtigen Situation von einem kritischen Vorgehen ab.“ Vor Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag angenommen, der dem Sinne nach vom A. D. G. B. Hilfe für die Arbeitslosen verlangt.

Tarifverhandlungen im Buchgewerbe. Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Buchgewerbe und Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen fanden in Frankfurt a. M. Verhandlungen statt zur Neuregelung des am 15. Juli ablaufenden Lohnabkommens für alle Bezirksstädte. Die Arbeitnehmer machten den Vorschlag, eine 14prozentige Lohnerhöhung auf die Dauer von sechs Monaten festzulegen. Bei der zu erwartenden weiteren steuerlichen Belastung, der Verteuerung des Brotes, der Kohlen und der Wohnungen rechtfertigte sich eine Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber berieten sich auf die Reichskartell und auf die verschiedenen Inbeziffern, die eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung während der letzten Monate ausdrücken, und deshalb eher auf einen Lohn abbau hinwies. Nach mehrstündigen Verhandlungen konnte der Vorsitzende feststellen, daß sich auf diese Weise keine Basis der Verständigung habe finden lassen. Die weiteren Verhandlungen werden nunmehr vor dem tariflichen Lohnamt geführt werden.

Für die 7-Stunden-Schicht im Bergbau.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates kam, wie den B. B. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am 29. Juni zu einer endgültigen Festsetzung über den ihm bereits seit längerer Zeit vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Stein- und Braunkohlenbergbau. Der Berichterstatter Gärtner, der hierzu einen Antrag auf Ausdehnung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf den gesamten Bergbau unter Tage unter Zugrundelegung der Siebenstundenschicht gestellt hatte, gab erleitend einen Überblick über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen.

Die Aussprache bewegte sich vor allem um die Rückwirkung der durch die Annahme des Ultimatums geschaffenen Lage auf die Kohlenproduktion. Es wurde darauf hingewiesen, daß die deutsche Kohle sich vorläufig noch um 125 bis 140 Mt. unter dem Weltmarktpreis stelle und daß beabsichtigt sei, sie dem Weltmarktpreis anzupassen, um die Differenz auf dem Wege der Erhöhung der Kohlensteuer für die Reparationszahlungen flüssig zu machen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums er suchte um Aufschub der Beschlußfassung, bis der Reichskohlenrat seine Beratungen abgeschlossen habe. Ebenso legte der Vertreter des preussischen Handelsministeriums dem Ausschusse nahe, sein Gutachten infolge der gänzlich veränderten Wirtschaftslage bis zur bevorstehenden gesetzlichen Regelung der gewerblichen Arbeitszeit aufzuschieben.

Der Ausschuß war jedoch der Meinung, daß, nachdem ihm die Frage der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau in einer ganzen Reihe von Sitzungen eingehend beschäftigt habe, eine weitere Verzögerung nicht zu rechtfertigen sei und ein abschließendes Gutachten dem Wunsche des Reichswirtschaftsministeriums gemäß erstattet werden müsse.

Ein Antrag Gärtner wurde im folgenden Wortlaut gegen eine Stimme angenommen: „In Bergwerksbetrieben unter Tage gilt die am 1. 1921 durch Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen festgelegte Schichtzeit als höchstzulässig.“

Soweit solche Tarifverträge nicht bestehen oder außer Kraft gesetzt werden, beträgt die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt (vom Betreten des Förderkorbes bis zum Stollenmundloch- bis zum Verlassen desselben) im allgemeinen 7 Stunden, bei besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten 7 1/2 Stunden.

Bei Temperaturen von 28 bis 32 Grad Celsius sind tariflich entsprechende Abkühlungen in der Schichtzeit vorzunehmen. Bestehen Tarife nicht, so hat die Bergbehörde je nach Art und Weise der beiderseitigen Organisationen diese Abkühlungen anzuordnen.

Bei Streitigkeiten aus Abs. 2 und 3. sind die tariflichen Schlichtungsausschüsse und erforderlichenfalls das Reichsarbeitsministerium anzurufen.“

Aus aller Welt.

Vorläuf vor Mädchenläger. Mädchenläger gefährlicher Art treiben zurzeit ihr Unwesen in verschiedenen norddeutschen Städten. Sie inserieren nach Privatsekretärinnen bis zu 80 Jahren und laden sie zur Vorstellung nach ihrem Bureau ein. Wenn junge Mädchen erscheinen, müssen sie sich einem gründlichen Verhör unterwerfen. Besagt wird ihnen nur, daß der und die in Frage kommenden Personen eine Firma errichten und sich die Kontoreinrichtungen noch beschaffen wollten. In Hannover wurde ein solch gewissenloser Mensch erwischt. Nach längerem vergeblichen Warten begab sich eine energische und zielbewusste junge Dame sofort zur Kriminalpolizei, um den Fall vorzutragen. Diese stellte fest, daß es sich bei einem Menschen um einen Darlehenswindler handelt, während der angebliche Kompagnon von diesem Scheinbar schon fort war. Der eine Mann, der verschiedene Namen führte, wurde sofort verhaftet. Die Personen sollen aus Hamburg stammen und behauptet haben, sie kauften alte Schreibmaschinen und veräußerten sie wieder. Der Verdacht dürfte nicht unbegründet

sein, daß es sich um Mädchenhändler handeln kann, die junge Mädchen nach Hamburg oder sonstwo schleppen wollen. Es dürfte daher Vorlicht der jungen Mädchen geboten sein; sie sollten sich nur auf Inserate melden, die eine ausländische Firma erkennen lassen.

So leben wir... Die Gräfin von Wartenleben wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Ueberschreitung der Vorschriften über die Rationierung von Lebensmitteln zu 80 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte für ihren Haushalt 1919 und 1920 täglich 8 Liter Milch und 7 Pfund Butter auf Karten bezogen, indem sie Personen, die dauernd auf ihrem Gute weilten, als zu ihrem Berliner Haushalt gehörig anmeldete. Das Gericht hat von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen, weil 1919 und 1920 die Rationierungsvorschriften schon abgebaut wurden und es Lebensmittel im freien Handel gab (1).

Der Express Amsterdam-Paris entgleist. Der Expresszug Amsterdam-Paris, der in der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr Brüssel verließ, entgleiste bei Pennoeres zwischen Lüttich und Braine Le Comte. Der erste Waggon wurde zertrümmert, zwei Schaffner wurden so schwer verwundet, daß Todesgefahr besteht. Der Waggon wurde förmlich zerpflegt. 7 Französische Postbeamte wurden getötet, drei verwundet. Die übrigen Waggons entgleisten. Etwa 20 Reisende wurden verwundet. Die bisherige Untersuchung weist auf die Möglichkeit eines verbrecherischen Anschlages hin, da die Schienen an mehreren Stellen gelockert waren.

Eine Petroleumleitung Havre-Paris. Eine amerikanische Gesellschaft ist mit der Anlage einer Abfuhrleitung für Petroleum zwischen Havre und Paris beauftragt worden. Die Kosten des Unternehmens, für das das gesamte Material aus Amerika geliefert wird, stellen sich auf 40 Millionen Dollars. Die Erdarbeiten werden mit Hilfe von Spezialmaschinen ausgeführt, die die amerikanischen Truppen in Frankreich zum Aufwachen der Schützengraben benutzt hatten. Die Anlage, die noch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt sein soll, ist auf eine Tagesleistung von 2 400 000 Litern berechnet.

Inferate

finden durch den „Lübecker Wortsboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Wortsboten“

Pflichtig und unerwartet entschließte gestern abend 8 1/2 Uhr meine liebe gute Frau, unserer Kinder liebevolle Mutter u. Schwiegermutter Elisabeth Schmaal, geb. Bendsfeldt im Alter von 59 Jahren. In tiefer Trauer Joachim Schmaal nebst allen Angehörig. Lübeck, 6. Juli 1921. Stittenstraße 6. (8807) Beerdigung am Montag, 11. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Nord. Friedh.

Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Lübeck. Am Dienstag, dem 5. Juli, 8.30 unser Kollege Friedrich Lange. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 9. Juli, nachm. 2.15 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. (8798) Die Ortsverwaltung.

Heinrich Paap Klara Paap geb. Gründling Vermählung (8806) Lübeck, Juni 1921. Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke danken herzlich. D. O. 2 Damen-Fahrräder o. Vereifung, ev. ohne Freilauf gesucht. Ang. u. C 2 a. d. Exp. d. Bl. (8786) 3. v. Elektr.-App. u. elektr. Glöde. Vorbeckstr. 18 a. 1. Mod. 2-Z.-Wohn. 8 Z. Mühlent., 3. vert. Ang. u. L 8 a. d. Exp. (8790) Ein Sportw. a. v. (8780) Näh. in der Exp. d. Bl. G. S.-Fahrt. m. Fr. 3. v. (8798) Herdingstr. 58.

Saison - Ausverkauf

Mein
bietet eine überaus günstige Einkaufsgelegenheit

Damen-Konfektion.

Zephir-Blusen	gute Qualität. Kimono-Form	früher 26.50	Jetzt 19 ⁵⁰
Battist-Blusen	in weiß mit Schweizer Stickerei u. Hohlsaum	früher 50.-	Jetzt 39 ⁵⁰
Voile-Blusen	mit farbig. Stickerei, jugendliche Form	früher 98.50	Jetzt 78 ⁵⁰
Hauskleider	aus bestr. Stoffen, Hemdbluse und Rock	früher 72.-	Jetzt 47 ⁰⁰
Voile-Kleider	in weiß u. farb., früher bis 380.-	Jetzt 295.-, 195.-, 145.-, 98.50	78 ⁵⁰
Damen-Mäntel	aus kar. u. einf. Wollstoffen	früher bis 345.-	Jetzt 195.-, 158 ⁰⁰

D.-Beinkleider	mit Volant, früh. 26.50	Jetzt 19 ⁵⁰
D.-Beinkleider	mit br. Stickerei früh. 38.50	Jetzt 29 ⁵⁰
D.-Hemden	etw. angest., früh. bis 62.-	Jetzt 49.50 bis 35.50
Nachtjacken	in Pikee, m. kl. Krag. früher 48.50	Jetzt 39 ⁵⁰
Dam.-Korsette	früher bis 54.50	Jetzt 39.50 bis 29.50

K.-Strümpfe	schw. Bw., gute Qual., fr. b. 15.25	Jetzt 10.75	
K.-Socken	farbig, mit Ring, früher 5.20	Jetzt 7.95 bis 6.95	
D.-Strümpfe	r. Woll, Dopp.-Sohle	früher 26.80	Jetzt 19 ⁵⁰
D.-Strümpfe	in schw. u. br., früher bis 11.80	Jetzt 8.50	
Herr.-Socken	grau, früher bis 8.50	Jetzt 6.95	

H.-Hemden	grau Trikot, in allen Größen	früher 495.-	Jetzt 365 ⁰⁰
H.-Hemden	w. Mako, m. Ia. Eins.	früher 580.-	Jetzt 375 ⁰⁰
Herr.-Beinkleider	in hübschen Farben, Sportform, früh. 325.-	Jetzt 195.-	158 ⁰⁰
D.-Hemden	in reiner Wolle, i. gr. Auswahl	früher b. 425.-	Jetzt 249.-, 195.-
D.-Hemden	a. sol. Wasch- u. Wollstoffen	früher bis 765.-	Jetzt 295 ⁰⁰
Kors.-Schonel	aus reinwoll. Gabard. u. Cheviot	früher bis 1435.-	Jetzt 878.-, 695.-

Baumwollwaren.

Baumw.-Musseline	in hellen u. dunkl. Dessins	früher 16.50	Jetzt 8 ⁸⁰
Dirndl-Stoffe	in allen modernen Farben, 70 cm breit	früher 24.50	Jetzt 15 ⁸⁰
Kleider-Schotten	ca. 90 cm breit, gute Qualität	früher 26.80	Jetzt 15 ⁸⁰
Schürzenstoffe	116 cm breit, waschechte Ware	früher 26.50	Jetzt 19 ⁵⁰
Blusen-Kadett	70 cm breit, blau-weiß gestreift	früher 25.50	Jetzt 17 ⁸⁰
Beitdamast	u. Satin, 140 cm breit	früher 49.50	Jetzt 39 ⁵⁰

Wäschetuch	82 cm breit, tadellose Ware, f. Leilwäsche	früher 14.40	Jetzt 8 ⁹⁵
Roh-Nessel	78 cm breit, gute schwere Ware	früher 9.80	Jetzt 6 ⁹⁵
Roh-Nessel	130 u. 140 cm breit, für Bettlaken	früher 28.50	Jetzt 18 ⁸⁰
Bett-Inlett	echt rot, garant. federdicht, 140 cm breit	früher 56.50	Jetzt 46 ⁵⁰
Zerstonkorn	45 cm breit, mit roter Borte, Ia. Qualität	früher 12.50	Jetzt 8 ⁹⁰
Züchen	vollere Bettbreite, rot-weiß kariert, waschechte Ware	früher 26.50	Jetzt 19 ⁵⁰

Auf alle regulären Waren 10% Extra-Rabatt

Hans Struve, Lübeck

Königsstrasse 87-89 Ecke Wahnstraße
Rendsburg - Neumünster - Itzehoe.
12503

Or. 2-Z.-Wohnung gegen eine 2- oder 3-Z.-Wohnung zu tausch, gef. (Schiff) (8797) Ang. u. H. S. a. d. Exp. d. Bl. Schneiderin empf. f. a. d. S. 8800) Ellerbrook 4.

Suche zu sof. ein erfahrene, tüchtiges junges Mädchen, welches selbst. Kochen kann. Frau E. Ruwoldt, Fleischhauerstr. 10/12.

Maurergefellen stellen ein H. Wandke & Sohn Geibelplatz 21. (8788)

Reparaturen (8778) an Grammophonen, Feder-Ginf. einbearbeit., bis 28 M., Orchestrions ufm. Balauerföhr 4, Schram.

Tätowierungen werden schmerzlos entfernt. Bitte Adr. senden unter L. W. a. d. Exp. d. Bl. (8781)

Dr. Gosch (8779) verreist.

Kolonial- und Fettwaren Gute A. Kiel Solibe Ware Gasofit. 2n. Preise! Der hiesige Zumachs neuer Kunden garant. für Reellität und Preiswürdigkeit. (8814)

Freitag und Sonnabend frische Nordseeische Fischcarbonade 2 R.-Schellfisch, grß. 2.- Kabeljau 2.20 Seeaal 2.- Seeclaus 2.20 Dorsch, Goldbutt billigst. Lbb. frisch, Brachsen 4.- Johannes Boy, 46 Markthallenstand 47. Fernruf 8875.

Sad 10 M. Prima Rindfleisch 13 M. Pr. Rindfleisch und Beefsteak 12 M. J. Paschkewitz, Kerckringstr. 53.

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck. C.

Hotel Stadt Hamburg, Lübeck.

Weißer Engel Jeden Sonntag: Grosser Ball. Endstation der Straßenbahn-Linie 1.

Uhren-Henke, Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorteilh. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkstatt.

B. Dittmer, Schuhbesohlanstalt, Fünfhausen Nr. 7.

F. Fränkel, in echten Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln. Breite Str. 35. und Holtenauerstr. 4.

Elektrische Artikel aller Art preiswert i. Spezialhaus „ELEKTRA“, Tel. 3230, Königstraße 62.

Alfons Helle Dankwartgrube 40. Werkstatt f. Holzmalerie und Möbellackierung.

Franz Wehrendt, Balauerföhr 35, Tel. 8948. An- u. Verk. sämml. Kleid. Wäsche, Fußzeug, Bett.

Frau F. Jacobson, Glockengießerstraße 44.

Margarete Rabe, Putz- u. Kleidergesch., Mühlenbrücke 2.

J. Baurenfeld, Schuhw., Mühlentstr. 34.

Färberei Karstadt & Laurisch Geniner Straße 48, Telefon 1168. Chemische Reinigung - Teppichklopfwerk. Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 81, Breite Straße 85/87, Fackenburg Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Palmstr. 24, Fernsprecher 948. Brennmaterialien • Transporte aller Art.

Friedr. Michael Gartensamereien, Breite Str. 83, Tel. 2014.

Wolle spinnt und färbt H. BÖSEL, nur Huxstraße 87.

C. G. Torkuhl, Fünfhausen 12. Wäsche, Aussteuer- u. Herrenartikel.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerw., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahnstraße 58. Öfen u. Herde, Buntes Tongeschirr.

Fr. Kempke, Köbigstr. 128. Fahr. Karbidl., Wringm.

Wolff Hünge, Ankerstr. 48a.

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 3. Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Hausmann Johannesstr. 14. Pianos Stimmen Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg. Jürß, Marlesgr. 84, Antiquitäten-Haus.

C. Grimm Nacht. Schlumacherstraße 9. Leder - Schälfestepper. Zubehörtartikel. T. 2029.

Dentist R. Duffer, Breitestraße 44 II.

E. Lütjke, Johannesstr. 43 I. Damen-Frisier-Salon.

Dr. Drümmer, Fackelnb. Allee 64. Fahrradl. u. Rep.-Wkst.

Bettenhaus Karstadt Holstenstraße.

Färberei Reimers, Fischergrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause. Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lübeck Tel. 3121, Breitestr. 18.

A. Druckhammer Königsstr. 133. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wolf, Kohlen-, Holz-, u. Kartoffelhdlg. Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein, Barbier, Gr. Burgstr. 11. Flechten, Haubnetze.

Gustav Pötter, Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

J. Grambow, Schuhwaren, Beuergr. 23.

Schwartau Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak in all. Preisl. Nur erste Fabrik, Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • Marktpavillon: Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert. Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Hotel Lübecker Hof, am Markt • Tel. 1068.

Hotel Kronprinz Tel. 1267 • Vereinslokal mit Saal und Kegelhalle

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16. Tel. 1842 • Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel • Gegründet 1885.

W. Wiencke, Lübeck Str. 4, Tel. 2442, Autoprep. Fahrräder, Nähmasch.

Herm Schwaberow Zahnpraxis

Anna Martin Putz- und Modewaren. Kaffeegarten Schwarz vorm. Rogall, Am Riesebusch.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 5.
Gute Küche in Zivile Preise in Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8483. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle“, Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen“, Harry Rubach, Hansastraße 3, Telefon 8478.

Friedrichshof: Mittwochs u. Sonntags **Tanz**

Rest. Everling, Schwart. Allee 69 a Saal für Hochzeiten und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal, Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn.

Café Opera, Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne, Moisinger Allee 18a, Telefon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52. Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannte Lichtbildbühne.

Stadthallen Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführg. 4—7 und 7—10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.
Ludw. Hartwig, Obertrave 4. Fernspr. 377.
Ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburg Allee 59.

Otto Weber, Hansastraße 43 a, Telefon 1761.
en gros :: Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Genussmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6—8.

Joh. Wieggers, Balauerföhr 26/28. Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Säfte Nachig., Warendorferstr. 25, Fernspr. 8524. Vorteilhafteste Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl. Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackenburg Allee 195. Spezial-Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Südlr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1809. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischerggrube 90. Kolonialwaren, Fettwaren.

H. Faasch, Beckergrube 70, Tel. 5622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwabbe, Kolonial- und Fettwaren, Fischerggrube 60.

Friedr. Weingärtner, Johanniss-Konfitüren und Delikatessen, Fünfhausen 1. Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Inh. A. Gerdis, Große Burgstraße 7. Kolonialwaren, Konfitüren, Delikatessen.

Otto Baake, Markt 9. Butter, Margarine, Käse.

Hans Steffens, Obst-, Gemüse-, Delikat.-Geschäft, Moisinger Allee 84.

Fischhandlung J. Borgwardt, Krons-Allee 29, T. 1169.

M. Petersen, Schokol. u. M.-F. Beckgr. 73, T. 1625.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hüxstraße 82. Räucherfische, Delikatessen.

Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahnstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren Herm. Voss, Große Burgstraße 48.

Burg-Drogerie Herm. Röttger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016. Toiletten-Artikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert, Stempel, Türschilder, Gravierungen Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickodestraße 14. Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern, Konfitüren, Delikatessen u. und Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 8568.

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hüxstr. 97, T. 8748.

Aug. Carstens Dornedelikatessen u. Fettwaren. Drogen u. Kolonialwaren, Fackenb. All. 70.

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop Moisinger Allee 6a, Fernruf 2375.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29, Tel. 1941. Drogen, Farben, Fußbodenole, Gummiartikel.

♦♦ Rauchwaren usw. ♦♦

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Bankhaus Fritz Klemstedt, Komm. Ges., Lübeck, Holstenstr. 5, Telefon 989, 8173. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 318. sämtlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: Timmendorfer Strand, Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampfärberei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 318. Filialen: Hüxterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorferstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde	Hindorf	Lübeck	Travemünde	Hindorf
6:00	7:40	5:30	7:08	8:00	9:13	6:34	7:48	7:15	8:12	6:15	7:22	5:21	6:01	—	6:22
7:40	8:50	2-4. RL	—	1:30	2:47	11:45	1:00	9:47	10:15	8:28	9:18	8:15	9:00	—	—
7:47	9:21	7:05	8:51	4:15	5:15	8:45	1:29	12:19	1:09	12:24	1:21	9:11	10:08	10:18	10:38
2-4. RL	—	2-4. RL	—	5:30	6:52	3:27	4:42	1:42	D 2:28	3:35	D 4:12	10:27	2:07	2:07	2:17
9:40	11:05	8:30	7:21	9:12	10:34	7:22	8:40	2:00	2:56	7:28	S 8:24	4:18	4:45	4:45	5:12
11:05	12:20	8:40	D 9:37	10:24	11:34	7:22	8:40	7:21	8:20	7:46	8:50	9:15	9:51	10:02	—
2-4. RL	—	10:17	11:54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12:45	2:28	2-4. RL	—	12:23	1:56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2:24	3:45	—	—	3:5	W 4:12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3:44	5:02	—	—	7:15	8:33	5:50	7:25	—	—	—	—	—	—	—	—
4:17	5:59	3:50	5:10	9:20	D 10:28	9:02	10:57	—	—	—	—	—	—	—	—
2-4. RL	—	2-4. RL	—	9:42	D 10:41	1:54	3:36	—	—	—	—	—	—	—	—
7:15	8:24	5:15	6:16	12:02	1:44	—	D 7:10	—	—	—	—	—	—	—	—
7:22	9:00	5:40	7:16	5:19	7:08	7:09	D 8:08	—	—	—	—	—	—	—	—
8:16	9:14	7:22	9:00	9:12	10:51	7:25	9:05	—	—	—	—	—	—	—	—
8:55	10:15	9:00	10:36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9:20	11:02	2-4. RL	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2-4. RL	—	11:40	1:08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.
* Nur bis auf meißner.
** Nur im Juli und August.
*** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

Zigarrenhaus Burgtor, M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 96, Ecke Meierstraße — Telefon 3581. Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99. Bill. Bezugsquelle f. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25. Fahrrad- u. Schuhwaren, sol. Fabrikate Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahrraddecken oder -Schläuchen? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisieranstalt **Hermann Wildhagen, Lübeck, Beckergrube 54, Fernruf 8383**. Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz, Bau- und Klempnerei und Installation, Wahnstraße 42. Hardlötarbeit und feu. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Job. Voss, Hüxstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Chiffard, Schmiede- u. Klempnerei, Straße 21. Vernichtung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

W. Chiffard, Schmiede- u. Klempnerei, Straße 21. Vernichtung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

O. Dortmund, Fahrräder, Nähmaschinen, Fackenburg Allee 1a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 87. Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Hansa-Brauerei A.-G. empfiehlt beste gebrauchte Biere, hell u. dunkel. Fernruf 161, Fackenburg Allee.

G. Grundmann, Schlüsselbuden 32. Zigaretten - Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB. Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever, Schwönekenquerstraße 18.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6. Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 36.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt Königstraße 51, Telefon 8879.

Gebr. Mütter, Mühlenstraße 13, Beerdigungs-Institut. Fernsprecher Nr. 427.

A. Brodersen & Sohn, Beerdigungs-Institut Obere Aegidienstraße 7 Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

A. Reinknecht, Marienstraße 5. Mod. Schuhreparaturen.

Jul. Schatz, Fahrräder, Tel. 8564, Fleischhauerstraße 30.

Glasscheiben aller Art, Kitt, Glasschn., Bilderleisten, Bilder-Einrahmungen, Oskar Tausnitz, Fleischstr. 35, Tel. 2808.

Nähmaschinenhaus W. Wilh. Kruse, Hüxstr. 43.

♦♦♦♦ Brauereien ♦♦♦♦

Vereinsbrauerei Walkmühle, H. Lück, Telefon 294. Lagerbier, Pilsener, Porter.

Aktienbierbrauerei, Lachswehr-Allee 14—20.

Neuer Bierverlag Busch & Co. mittl. Mengstr. 80, neben dem Schabbelhause, Fernsprecher 1813, empfehlen ihre Biere in tadelloser gut funktionierender Bierfl.-Automaten v. 5 u. 10 Liter Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen Groß- und Kleinverkauf **Dan. Schön**, Gr. Burgstraße 24, Telefon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann, Wahnstraße 13 — Telefon 4, 8904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufruhr-, Transp. und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co. Dankwartsgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Alfstraße 24. Preußische Lotterie-Einnahme. Versicherungen aller Art.

♦♦ Für alle Vereine ♦♦

Lübecker Fahnen-Fabrik Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Notthohm, Alfstraße 7, Telefon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

♦♦♦ Friseure usw. ♦♦♦

Wilhelm Junge, Nebenholstraße 8. Herren-Rasier- und -Friseur-Salon.

Ernst Frahm, Königsstraße 33. Friseur u. Toiletten-Art. **Rich. Ahrens**, Friseur, Beckergrube 31.

R. Grote, Friseur, Große Burgstraße 15. Massage d. Gr. Burgstraße. Konkurrenzfrei! **Otto Steinhagen**, Dafrisier, Beckergrube 7. **Herrengarderobe**.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 39/41, Telefon 106. Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 32. Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Prndl, Breite Straße 97. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr.-u. Knab.-Gard., Arb.-u. Berufskleid.

W. Heise, Königsstr. 23 gegenüb. dem Katharineum. Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderoben. Gut sortiert. Stofflager. Bill. Preise. Tel. 8576.

Manufaktur usw.

Betten-Duve, Große Burgstraße 32. Ausstattergeschäft, liefert billigst und tadelloser.

Herm. Libnau, Schwartauer Allee 53/55. Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brocksstraße 25, Ecke Warendorferstr. Preiswerte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

♦♦♦ Allgemeines. ♦♦♦

MARTENS & LAMPE Weingroßhandlung, Fischerggrube 78.

Heinrich Boye, Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien. Lindenstraße 17 a. Telefon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 8289. Prima Preßtorf und Brennholz aus erster Quelle. Eigene Torf- und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackenburg Allee 10 b Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann, vorm. Frankenthal & Co., Breite Str. 45. Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan. **Herm. Glasau**, Moising. Allee 4a. **Gebr. Steder**, Glas, Klemp.-Küch.-u. Bel.-Art. Haus- u. Küchengeräte.